

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,00 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Saar- und Weimargebiet, Ostpreußen, Litauen, Ungarn 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration „Sonntagsbeilage“, „Rolle und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Unsere Himmels“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Ruf an die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 18. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 37 534 - Kantons: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 41; Staats-Vertriebsstelle, Poststraße 11, Berlin 1.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 20 Pfennig, Reklamazeile 30 Pfennig. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (außer zwei fertige Wörter). Jedes weitere Wort 15 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zelle 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zelle 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Vindobrunnerstraße 1, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Das Antikaisergesetz angenommen.

Über 36 Deutschnationale, darunter ein Minister, haben sich gedrückt.

Der Reichstag nahm gestern in dritter Lesung den Initiativantrag Westarp und Genossen, der die Geltungsdauer des Gesetzes zum Schutze der Republik um zwei Jahre verlängert, gegen 41 völkische und kommunistische Stimmen mit 323 Stimmen aller anderen Parteien an. Damit ist die verfassungsändernde Mehrheit erreicht, die Verlängerung beschlossen.

Der Schmerz war kurz. Wenige Minuten nach Eröffnung der Sitzung ist man schon bei dem entscheidenden Punkt der Tagesordnung angelangt. Im Hause wird inzwischen der Text einer Erklärung kolportiert, die Graf Westarp angeblich abgeben will. Es ist darin gesagt, das Gesetz mache die Rückkehr des Kaisers von der Zustimmung der Reichsregierung abhängig, die deutschnationalen Minister würden aber niemals diese Zustimmung verweigern. Man lacht.

Präsident Löbe eröffnet die allgemeine Aussprache — und schließt sie, da keine Wortmeldungen erfolgt sind. Bis dahin vergehen einige spannungsvolle Augenblicke. Wo bleibt Westarp mit seiner Erklärung? Sein Platz ist leer, er ist nicht im Saal. Er hat draußen noch irgendeine Jenfur zu passieren. Löbe ruft den § 1 auf — da kommt Westarp mit wehenden Rockschößen herbeigestrümt. Man lacht herzlich. Westarp liest. Man merkt, das Manuskript ist korrigiert! Bon der Tapferkeit, mit der sich die Vier im Kabinett gegebenenfalls für Wilhelm einsetzen würden, ist nicht mehr die Rede. Das hat also die interfraktionelle Jenfurbehörde gestrichen. Dagegen hat sie ihm erlaubt, von „unserem grundsätzlichen Standpunkt“ zu sprechen. Man lacht Tränen.

Nur Löbe sieht oben, ohne eine Miene zu verziehen. Als Präsident muß er das können.

Nun geht Genosse Hermann Müller hinauf und schmeißt den „Grundsätzlichen“ ein paar Sätze ins Gesicht, über die sie erröten müßten, wenn sie das noch könnten. Noch eine kleine Kommunistenrede, dann ist es so weit.

Die Schriftführer sammeln die Stimmkarten ein. Man sieht im Saal erhebliche Rücken, die sich nach rechts hin stark verbreitern. Auf der Regierungsbank wie gestern Hergt und v. Reudell allein. Eine kleine Pause der Spannung, ab es reichen wird. Es reicht! Löbe verkündet das Ergebnis. Es wird mit Stillschweigen aufgenommen.

Sachlich ist nichts geändert, die Geltungsdauer eines Gesetzes ist verlängert, es bleibt also alles beim alten. Aber politisch hat sich etwas geändert, da ist etwas ins Rutschen gekommen, da hört man es knirschen und knarren. Die Frage des Tages lautet: Wie haben sich die Deutschnationalen bei der Abstimmung im einzelnen verhalten, und wie werden sie diese Belastungsprobe bestehen?

Die Abstimmungsliste wird indes erst lange nach Sitzungsschluß in den Abendstunden bekannt. Aus ihr ergibt sich, daß

36 deutschnationale Abgeordnete, unter ihnen der Reichsverkehrsminister Koch, nun nicht mitgestimmt haben.

Außer dem Verkehrsminister Koch nahmen folgende deutschnationale Abgeordnete an der Abstimmung nicht teil: Behrens, Berndt, Biener, Diehe, v. Dryander, Eggers, Everling, v. Freitag, Boringshoven, Serets, Got, v. Goldacker, Graef (Thüringen), Haag, Hugenberg, Hüßer, Juller, Köhne, Körner, Lambach, Lejeune-Jung, v. Lindeiner-Wildau, Lohmann, Frau Mueller-Ditried, Reuhaus (Düsseldorf), Preyer, Quack, Rademacher, Sachs, Schlange-Schönningen, Schmidt, Strathmann, Stubbendorff, v. Tirpitz, Wallraf und Werner.

Unter den 36 fehlenden deutschnationalen Abgeordneten mögen sich einige befinden, die an der Teilnahme verhindert waren. Aber der Reichsminister Koch gehört nicht zu ihnen. Er war im Hause anwesend, hat sich aber von der Abstimmung gedrückt. Wir haben also drei deutschnationale Minister — Hergt, Reudell und Schiele — die der Republik den notwendigen gesetzlichen Schutz bewilligen, und einen vierten, der das nicht tut. Der Reichsminister Koch hat gegen seine drei Ministerkollegen und gegen das Gesamtkabinett demonstrativ der Republik den gesetzlichen Schutz verweigert.

Es gibt also von heute an einen Fall Koch. Es entsteht die Frage, ob eine Regierung möglich ist, die in einer politischen Frage von solcher Bedeutung vor der Öffentlichkeit nicht die Solidarität zu wahren imstande ist, und ob die Herren Marx und Köhler weiter auf der Ministerbank neben einem Mann sitzen wollen, der soeben durch sein Verhalten als Abgeordneter seine extrem republikfeindliche Gesinnung bekundet hat.

Bon den anderen mag, wie gesagt, der eine oder der andere triftige Entschuldigungsgründe haben. Daß aber die Absentierung der Sechsdreißig im großen und ganzen die Betundung einer von jener der Fraktionsmehrheit abweichenden Meinung darstellt, versteht sich von selbst. Es war bekannt, daß ein Drittel der Fraktion bereit war, es wegen des Republiksschutzgesetzes auf den Zerfall der Koalition ankommen zu lassen, die Zahl derer, die bei der Abstimmung fehlten, entspricht ziemlich genau diesem Drittel. Und es sind alle wilden Männer darunter, deren extrem republikfeindliche Gesinnung bekannt ist.

Handelt es sich diesmal nicht um eine Komödie mit verteilten Rollen wie bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze? Ist die Sache ernster? Man möchte es fast meinen, wenn man gewisse Stimmen der deutschnationalen Presse vernimmt. Es ist nicht nur der Abgeordnete Hugenberg, der in seinem „Tag“ so nebenbei die Frage aufwerfen ließ, ob von seiner Partei nicht schon „die Grenze der Verleumdung überschritten“ sei; draußen im Reiche äußert man sich schon ausführlicher. So weiß das westdeutsche Organ der Deutschnationalen, die „Rheinische Tageszeitung“, zu melden, daß Westarps Parteiführerschaft stark erschüttert sei, und sie sagt weiter:

Graf Westarp, der innerlich nach wie vor im alten konservativen Geiste denkend, ist im besonderen Maße unzufrieden mit sich selbst, weil er, wie wir aus ganz bestimmter Quelle wissen, fühlt, daß es ihm auf die Dauer nicht möglich sein kann, die Partei in dem Sinne zu führen, wie es die sogenannten „Jungen“ des deutschnationalen Parlamentarismus vielleicht aus besserer Ueberzeugung für richtig erachten. Es ist heute offenes Geheimnis, daß Graf Westarp gar nicht mehr der eigentliche Führer der Partei ist, sondern maßgebend bei den Deutschnationalen ist eine Verbindung von nationalrepublikanischen Politikern und einigen sehr einflussreichen Männern der Wirtschaft, die den Ehrgeiz der „Jungen“ klug zu nützen wissen. ... Wenn aber Graf Westarp mit seinem Herzen und seiner tiefsten Ueberzeugung ganz anders steht, als ihn die engste Umgebung dahin drängt, so ergibt sich jener Widerspruch in Tat und Wort, der im Berliner vaterländischen Lager insbesondere nach der Rostocker Rede tief empfunden und beklagt wird. Weniger als die Frage des Verlängerungsgesetzes selbst bedrückt die nationale Hoffnung der kaum noch zu verschleiende Umstand, daß der großen vaterländischen und parteinationalen Bewegung in Deutschland der durchgreifende Führer fehlt, der aus sich selbst formieren und zusammenzufügen weiß. Es werden in deutschnationalen führenden Kreisen Worte der Opposition aufgegriffen und tatsächlich ernsthafte Erwägungen gepflogen, ob man nicht besser ein offenes Programm der Bindung verkünden soll, als sich von politischen Gegnern stets aufs neue Grundlosigkeit vorwerfen zu lassen.

Solche Stimmen lassen fast glauben, daß die deutschnationale Partei diesmal am Rande einer inneren Krise stehe. Man darf aber nicht vergessen, daß sich diese Partei schon manchmal in ähnlichen Situationen, wenn auch nicht ganz so schweren wie der gegenwärtigen befand, ohne daß ein Bruch nach außen in Erscheinung getreten wäre. Ihre letzte Spaltung hat sie bekanntlich vor fünf Jahren wegen des Mordes an Kathenau erlebt, damals löste sich der extrem rechte Flügel v. Graefe-Wulle-Henning ab. Sein Schicksal mag auf die äußerste Rechte der deutschnationalen Fraktion einigermaßen abschreckend wirken. Käme es zur Bildung einer ausgesprochenen Königspartei, so könnte ihre Pleite den Monarchismus nur noch weiter distanzieren. Diese Gründe mögen vielleicht bewirken, daß die deutschnationale Partei in ihrer äußeren Form trotz aller inneren Spannungen bestehen bleibt.

Möge sie! Verleumt bis auf die Knochen, von ihren Bundesgenossen nicht weniger verachtet als von ihren Gegnern, wird sie ihr Dasein weiter fristen. Als Klassenpartei des Besitzes hat sie ja noch Funktionen zu erfüllen. Wie lange sie aber noch imstande sein wird, mit verlogenen Redensarten über ihre angeblich noch vorhandenen, in Wahrheit aber längst verschachten „Ideale“ Wähler aus den breiten Volksmassen zu fangen, muß sich bald zeigen.

Kampf gegen die deutschnationale Partei ist Kampf um die Reinigung des öffentlichen Lebens.

Der Reichstag hatte gestern die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes endgültig zu verabschieden.

Abg. Graefe-Wiedenburg (Böhl.) nennt diese Vorlage eine Ausgeburt von Angst und Unfreiheit. Ein Volk, das seinem Monarchen eine Rückkehr in die Heimat durch Gesetz verbiete, und wenn das auch Leute tun, die seither in Ehr-

erbietung vor ihm erstorben seien, so sei das eine Erbärmlichkeit und erschütterte den Redner tief. (Heiterkeit.)

Der Präsident kündigt jetzt als nächsten Redner den Abg. Graf Westarp an. Er ist aber nicht im Hause, so daß der Präsident die allgemeine Aussprache wieder schließt. Erst bei der Einzelberatung erscheint Graf Westarp im Hause, mit lebhaften Zurufen von der Bank begrüßt.

Abg. Graf Westarp (Dnatl.):

Eigentlich wollte ich nicht in die Debatte eingreifen, da die Rede der Opposition sachliche Gesichtspunkte nicht enthalten hat. (Lebh. Heiterkeit.) Vor der Abstimmung wollte er aber noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt seiner Fraktion darlegen. Die Stellungnahme seiner Fraktion sei unverändert die, daß dem Kaiser die Rückkehr ermöglicht werden müsse. (Heiterkeit.)

Aber die dem Initiativantrag beigefügte Interpellation stelle die weitere Prüfung der Frage in Aussicht, welche Einzelheiten aus dem Republiksschutzgesetz in das Strafgesetzbuch einzufügen, welche auszuheben seien. Um diese Prüfung zu ermöglichen, stimmen die Deutschnationalen der Verlängerung des Republiksschutzgesetzes auf kurze Frist zu. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):

Ich gebe zu, daß die Rolle, die Herr Graf Westarp hier bei uns spielen mußte, keine beneidenswerte war. (Lehr wahr links.) Er mußte deshalb in dieses hohe Haus fast so herein kommen wie der Privatkläger, der zum Termin eine Minute zu spät kommt. Wenn Herr Graf Westarp seine Rede damit begann, daß er die Reden der Opposition als inhaltslos bezeichnete, so ist zu prüfen, ob die Rede des Herrn Grafen Westarp einen sachlicheren Inhalt als die Rede der Opposition gehabt hat. Graf Westarp hat seine Rede nur gehalten, weil er Opposition in seiner eigenen Partei hat. Gewissensbisse dürften ihn gewiß nicht auf die Tribüne getrieben haben. Die Deutschnationalen haben seit Monaten das Bekennen unterlassen und nur in Taktik sich geübt und ständig Rückzugsbefehle ertassen. (Hört, hört.)

In Ihren eigenen Reihen wird jetzt geprüft, ob nicht die Taktik vom Sichbekennen zum Verklumpen führte. (Hört, hört links.)

Das Nähere wird Graf Westarp vom Kollegen Hugenberg erfahren, der dem „Tag“ nicht ganz fernsteht. Herr Graf Westarp konnte seine Rede ganz gut halten, weil er nicht in die Gefahr kommt, den Ruf eines Philosophen zu verlieren. Aber im Grunde genommen war das, was er sich hier aufgeschrieben hat, nichts als ein schlecht geschriebener Entschuldigungsstiftel.

Was soll es heißen, daß die Deutschnationalen nach wie vor für ihre Grundsätze zu arbeiten bereit sind, wenn sie das tun, was sie in den letzten Tagen und Wochen immer getan haben. Die Tatsache bleibt, daß in diesem Gesetz, wenn auch nur eine Randbestimmung in ihm ist, dem Kaiser die Rückkehr verweigert wird. Nun wollen die deutschnationalen Minister im Kabinett für die baldige Rückkehr des Kaisers arbeiten. In § 23 dieses Gesetzes heißt es aber:

Mitglieder solcher Familien usw. ist das Betreten des Reichsgebietes untersagt oder der Aufenthalt auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches beschränkt, falls die Beforgnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird.

Ich frage die Regierungsparteien und die Reichsregierung, ob sie bereit sind, dem Drängen des Grafen Westarp und seiner Freunde in der Regierung nachzugeben, wenn die Voraussetzung, die hier im § 23 festgelegt ist, nicht erfüllt ist. Es handelt sich nur um eine Randbestimmung, die auch im Jahre 1922 im Gesetz enthalten war, als dieses Gesetz eine scharfe Beurteilung erfahren hat, die der Herr Abgeordnete Landberg gestern hier in diesem hohen Hause in das Gedächtnis zurückgerufen. Das kann in keiner Weise für die Deutschnationalen entschuldigend sein.

Praktisch bleibt es aber dabei, daß Sie unter Führung der Herren Hergt und Reudell am Krusthäuser die Republik schützen, während sich Wilhelm II. in Doorn den Bart bei lebendigem Leibe durch den Ick wachsen lassen kann. (Wfn rechts, Heiterkeit bei den Soz.)

Ich weiß nicht, ob diese Haltung, die Sie hier einnehmen, nicht eine zu starke Belastungsprobe für Ihre nationalen Wähler sein wird. Über dessen können Sie versichert sein: Wenn Ihnen nach dieser Haltung die nationalen Wähler treu bleiben, dann wird keine Partei Sie um solche Wähler beneiden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Hörale (Komm.) führt aus, daß das Republiksschutzgesetz schon deshalb beseitigt werden müsse, weil es von Beauftragten der Stahlhelmer ausgeführt werde.

Die Annahme des Gesetzes.

Die Schlussabstimmung ist auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Gegen das Gesetz stimmen die Kommunisten, die Völkischen, die Nationalsozialisten und die Deutschhannoveraner. Das Gesetz wird mit 323 gegen 41 Stimmen angenommen.

Präsident Löbe stellt die für Verfassungsänderungen erforderliche qualifizierte Mehrheit fest.

Die Verschwendung in der Kaliwirtschaft. Riesengewinne aus stillgelegten Betrieben.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags stand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Debatte, der mehrere Abänderungen des Kaliwirtschaftsgesetzes verlangt. In der eingehenden Aussprache schilderte Genosse Limberg die unhaltbaren Zustände, die sich in der Kaliindustrie durch den fortgesetzten Neubau von Werken entwickelt haben, ohne daß genügend Absatz für sie vorhanden wäre. 1912 gab es 116 Kaliwerke, von denen 101 in Betrieb waren. Dagegen bestanden 1926 nicht weniger als 226 Werke, von denen nur 42 beschäftigt sind. Von den 184 stillgelegten Werken sind 47 als Reserve für eine etwaige Produktionserweiterung gedacht. Für die übrigen 137, von denen ein Teil noch bis zum Jahre 1921 gebaut und dann sofort stillgelegt wurde, haben nichts zu tun, zählen die arbeitenden Werke jedoch gewaltige Entschädigungen aus dem Absatz der noch tätigen Betriebe, und zwar nach dem gegenwärtigen Recht bis zum Jahre 1953. Diese vollkommen unproduktiven Entschädigungen betragen, auf den Doppelzentner Kali umgerechnet, nach Angaben des Kalisyndikats nicht weniger als 1,18 Mark. Nach Ansicht der Bergarbeiter ist aber diese unnütze Uebersteuerung der Produktion, die der Landwirt zu zahlen hat und für die er natürlich höhere Preise fordert, wesentlich größer.

Genosse Robert Schmidt wandte sich gegen diese sanderbare Rationalisierung, die leistungsunfähige Werke durch Uebernahme der Kosten auf die Gesamtwirtschaft künstlich gewinnbringend erhalte. In keiner anderen Industrie sei das der Fall. Vielmehr habe hier die Reinigungsstufe lebensunfähige Werke brutal beseitigt. Nachdem sich jetzt die Kaliwirtschaft konsolidiert habe, müßte mit der Uebertragung der Absatzquoten Schluss gemacht werden. Genosse Schmidt forderte den Abbau dieser unproduktiven Belastung der ganzen Volkswirtschaft.

Die Regierung war auf diese Vorhaltungen hin hartnäckig. Die bürgerlichen Parteien wollten diese spekulativen Gewinne ebenfalls nicht beseitigen. Lediglich der Zentrumsgewählte Schlaefand den Vorschlag des Genossen Schmidt einer Ermäßigung der Quotenentschädigung abzubauen.

Der Ausschuss verlangte auf Anregung der Sozialdemokratie in einer Reihe von Punkten Aufschluß über die Lage und die Rationalisierung der Kaliwirtschaft, über den Personalabbau. Wenn die Auskünfte der Regierung vorliegen, wird über den zweiten Teil des sozialdemokratischen Antrags zu beraten sein, der verhindern will, daß die Arbeiter stillgelegter Kaliwerke um die ihnen vom Gesetz zugewiesene Entschädigung gebracht werden; außerdem soll die Entschädigungsdauer von 26 auf 52 Wochen heraufgesetzt werden. Genosse Limberg betonte hierzu, daß von den Stilllegungen der Kaliindustrie mindestens 30 000 Arbeiter betroffen worden seien, von denen 20 000 die die Entschädigung geprellt worden sind.

Deutschnationale Personalpolitik.

Berschlechterung der Dienststrafordnung. — Keine unabhängigen Richter mehr!

Bei der Weiterberatung der Reichsdienststrafordnung hat die reaktionäre Regierungsmehrheit des 14. Reichstagsausschusses, immer unterstützt von der Wirtschaftlichen Vereinigung, in der Sitzung vom 17. Mai eine weitere ungeheuerliche Verschlechterung der Vorlage beschlossen. Zum § 31 wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, nach dem der Reichsminister des Innern einen Beamten auffordern kann, sein Mandat als Mitglied eines Dienststrafgerichtes niederzulegen, wenn der Beamte dienstlich in den Bezirk einer anderen Dienststrafkammer oder in den einstweiligen Ruhestand versetzt wird. Diese angeblich aus Sparmaßregeln geschaffene Bestimmung beseitigt jede Unabhängigkeit der Dienststrafrichter und liefert sie der Willkür der Regierung auf Gnade und Ungnade aus. Denn nunmehr genügt eine einfache Verletzung des Beamten oder seine Setzung auf Wartegeld, um ihn als Dienststrafrichter los

zu werden, wenn er sich als solcher für die Regierung ungenügend erwiesen hat. Wenn er sich weigert zurückzutreten, hat zwar der Reichsdienststrafhof im geheimen Beschlußverfahren endgültig zu entscheiden, jedoch bleibt der Beamte als Dienststrafrichter zunächst ausgeschaltet. Daß der Reichsdienststrafhof anders entscheidet, als die Regierung es wünscht, ist nicht zu befürchten. Die Regierung wird es immer verstehen, das „dienstliche Interesse“ an ihren Maßnahmen klarzulegen.

Besonders gefährlich ist diese Bestimmung für jene Beamte, die gefügig ohne Angabe von Gründen jederzeit auf Wartegeld gesetzt werden können. Unverständlich ist, wie das Zentrum eine derartige Bestimmung mitmachen kann, die nicht einmal unter dem Kaiserreich möglich gewesen wäre! Soll das ein Ausgleich für den deutschnationalen Umfall beim Kaiserparagrafen sein?

Vor leeren Bänken.

„Fortlaufende“ Begeisterung bei den Westarpiten.

Vor einigen Tagen hat im Saalbau Friedrichshain eine öffentliche Werbeversammlung der Deutschnationalen Kreis IV b stattgefunden. Die allgemeine Begeisterung für die kaiser-treuen Republikaner hatte in dem großen Saal nur 200 Personen zusammengebracht. Der Kreisvertreter sprach sein Bedauern über die reservierte Haltung der Berliner Bevölkerung anlässlich des Stahlhelmtages aus. Dieses beweise auch die geringe schwarzweihrote Besetzung. Er bedauere auch, daß so wenige Teilnehmer zur Versammlung erschienen seien, trotz der gewaltigen Kundgebung des Stahlhelms. . . . Das Bedauern wird noch größer werden müssen, nachdem die grundsätzliche Westarperei sich beim Anti-Kaisergesetz wieder einmal so herrlich offenbart hat.

Das Budgetrecht des Reichstags.

Rechnungsausschuss und Rechnungshof.

Der Rechnungsausschuss des Reichstages hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Hinblick auf die vielfachen und hohen Ueberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben in den Haushaltsrechnungen 1924 und 1925 den Rechnungshof zu ersuchen, sich gutachtlich darüber zu äußern, inwieweit die Reichshaushaltsordnung durch die Reichshaushaltsrechnungen 1924 und 1925 verletzt oder nicht beachtet worden sind.

In der gestrigen Sitzung des Rechnungsausschusses waren denn auch die Vertreter des Rechnungshofes erschienen und versuchten nachzuweisen, daß vor der Nachprüfung der in Betracht kommenden Rechnungen eine Feststellung, ob die Vorschriften der Reichshaushaltsordnung eingehalten sind, kaum möglich sei. Doch wurde zugegeben, daß die bisherige Prüfung immerhin schon Anlass zu gewissen Bedenken gegeben habe. Sobald die Rechnungsprüfung vollständig abgeschlossen sei, werde dem Rechnungsausschuss eingehender Bericht erstattet werden.

In der anschließenden Aussprache betonte Abg. Genosse Heintz das in der Haushaltsordnung festgelegte Recht des Reichstags, den Rechnungshof zur Erstattung von Gutachten zu veranlassen. Auf seine Anregung beschloß der Ausschuss, den Rechnungshof erneut um eine gutachtliche Äußerung anzugehen, in der die prinzipielle Stellung des Rechnungshofes zu den Ueberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben, dann über die übertragbaren Fonds und über das Budgetrecht des Reichstages überhaupt zum Ausdruck komme.

Die Vertreter des Rechnungshofes stellten sogar ein solches Gutachten in Aussicht und erklärten sich bereit, den Mitgliedern des Rechnungsausschusses Einblick in die Einrichtungen, in die Betriebsführung des Rechnungshofes in Potsdam zu gewähren.

Obstruktion im sächsischen Landtag.

Der wankende Bürgerblock.

Dresden, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags stand ein sozialdemokratischer Antrag zur Abstimmung, der forderte, daß eine Anleihe von 50 Millionen Mark für den Wohnungsbau angenommen und ihr Ertrag unter denselben Bedingungen zur Verfügung gestellt werde wie die Erträge der Mietzinssteuer. Die Ad-

geordneten der bürgerlichen Parteien und der Alten Sozialdemokratischen Partei verließen vor der Abstimmung den Saal und führten dadurch die Beschlussunfähigkeit des Landtages herbei. Offenbar wollten sich die Koalitionsparteien auch nicht vor Bildung einer neuen Regierung festlegen. Bekanntlich haben die bürgerlichen Koalitionsparteien den Deutschnationalen versprochen, daß am 1. Juni die Regierung held zurücktreten werde, wenn bis dahin den Deutschnationalen nicht der Weg in die Regierung gebnet und die Zahl der Ministerien von 7 bis 5 herabgesetzt sei. Bisher ist aber nichts davon bekannt, daß eine Einigung zwischen den jetzigen Koalitionsparteien und den Deutschnationalen über die Umbildung der Regierung erzielt sei. Die Verhandlungen unter den Parteien scheinen bisher erfolglos geblieben zu sein.

München ohne Reichsfarben.

Ein Schildbürgerstreich der Münchener Stadtväter.

München, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) München hat sich wieder einmal einen echten Schildbürgerstreich geleistet. Die Bestände der Stadtverwaltung an Fahnen- und Flaggenstuch müssen erneuert werden. Die Stadtverwaltung schlug deshalb am Dienstag in der Stadtratssitzung vor, viererlei Fahnen anzuschaffen: Schwarzgelb als Stadtfarbe, Weißblau als bayerische Landesfarbe, Schwarzrotgold als Farben des Reiches und außerdem Schwarzweißrot für Gelegenheiten, die der Erinnerung an das alte Reich gelten. Als die Sozialdemokraten den Antrag stellten, für Reichsfarben grundsätzlich nur die schwarzrotgoldene Flagge anzuschaffen, kam es zwischen rechts und links zu heftigen Zusammenstößen.

Bei der Abstimmung fiel der sozialdemokratische Antrag mit 24 gegen 21 Stimmen; auch der Antrag zugunsten der schwarzweißroten Flagge wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt, da einige Stadträte der Bayerischen Volkspartei mit den Linksparteien stimmten. In Zukunft werden also das Münchener Rathaus und die städtischen Gebäude nur noch in den Stadt- und Landesfarben geschmückt werden.

Heims Geschoß.

Die Verdächtigung des Bauernbundes erledigt.

München, 17. Mai. Der Korrespondenz Hoffmann geht vom bayerischen Landwirtschaftsministerium eine Mitteilung zu, in der es u. a. heißt: Dr. Heim sucht neuerlich die Öffentlichkeit zu beunruhigen durch „Anfragen“ über die Verwendung der zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft bewilligten Reichszuschüsse. Das Landwirtschaftsministerium muß es entschieden ablehnen, sich Dr. Heim gegenüber über die Aufstellung seines Haushalts zu rechtfertigen. Hierfür ist der Staatsminister ausschließlich dem Landtag gegenüber verantwortlich. Hier aber sei bemerkt, daß auch bei der haushaltsmäßigen Behandlung der Reichszuschüsse durch das Landwirtschaftsministerium alles in Ordnung ist und der letzte Pfennig in Einnahmen und Ausgaben dem Landtag nachgewiesen werden kann. — Die vom „Bauerndoktor“ Heim gegen den ihm ungenügenden bayerischen Bauernbund und den von diesem gestellten Landwirtschaftsminister Fehr gerichteten Giftpfeile sind also auf den Schützen zurückgeprallt. Wie es sich gehört!

Russenprotest in London.

Und gerichtliche Schadenersatzklage.

London, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die offizielle Protokollnote der Somjerregierung gegen die Durchsuchung der Räume der Londoner Handelsdelegation ist am Dienstagabend im hiesigen Auswärtigen Amt überreicht worden. Im Mittelpunkt der Note steht die Frage der diplomatischen Immunität des Leiters der Handelsdelegation, die durch die Sprengung der in den Diensträumen des Chefs der Handelsdelegation befindlichen Safes verletzt worden ist.

Wie der „Daily Herald“ erfährt, dürfte die russische Handelsdelegation die britische Regierung auf Wiedergutmachung der bei der Durchsuchung der Räume angerichteten Schäden gerichtliche verklagen.

Sozialdemokratische Spießbürgerei . . .

. . . gemessen an kommunistischem Radikalismus.

Von Eduard Bernstein.

Der im „Vorwärts“ vom 15. Mai abgedruckte Schriftsatz des kommunistischen Arbeiters W. Vieje über die ihm von seiner Partei zuteil gewordene Behandlung, nachdem er sich dazu hergegeben hatte, die „rote Fahne“ als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen, erinnert mich an einen Vorgang, der wohl wert ist, mit jener gemessen zu werden.

Es war im Attentatsommer des bösen Jahres 1878, wo Bismarck und Bismarck durch Polizei und Gerichte einen brutalen Vernichtungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie einleiten ließen. Unter anderem ward nichts unversucht gelassen, dem Berliner Organ der Partei, der „Berliner Freien Presse“, die Lebensmöglichkeiten abzunehmen. Ein Prozeß nach dem anderen ward gegen sie angestrengt, ein verantwortlicher Redakteur nach dem anderen von der wüßstigen lebentenen Deputation des Berliner Stadtgerichts auf Grund für „beleidigend“ oder „aufreizend“ erklärter Bemerkungen zu immer höheren Gefängnisstrafen verurteilt und auch sofort in Haft genommen. Zu den ersten, die sich in dieser schlimmen Situation der Partei an den so gefährlichen Posten stellen ließen, hat auch unser jüngst verstorbener Richard Fischer, damals noch ein junger Schriftsetzer, gehört. Er war immerhin noch mit neun Monaten Gefängnis davonkommen. Als aber später dem gleichfalls jugendlichen ehemaligen Postbeamten Paul Baumbach für einige Wochen Dienst als „Berantwortlicher“ vier Jahre Gefängnis aufgedrückt worden waren, entstand in der Leitung des Blattes, in die der Vorstand der Partei den ebenso energischen wie umsichtigen Ignaz Auer entsandt hatte, ernsthaftes Verlegenheit, wo nun einen „Berantwortlichen“ gewinnen, der nicht an anderer Stelle für die Partei unentbehrlich war. Aber sie dauerte nicht lange. Schon nach wenigen Tagen ward der Leitung gemeldet, ein in der Genossenschaft, die das Blatt herstellte, beschäftigter junger Buchhändler, namens Karl Manz, habe erklärt, er sei bereit, den Posten zu übernehmen. Auer ließ den Jüngling in die Redaktion kommen, und es gab zwischen ihm und ersterem folgendes Gespräch:

Auer: „Man hat uns mitgeteilt, daß Sie bereit sind, unser Blatt als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen. Stimmt das?“

Manz: „Ja wohl.“

Auer: „Wissen Sie auch, was das bedeutet?“

Manz: „Ja, ich zeichne das Blatt, und dann muß ich dafür

haften.“

Auer: „So geht das nun doch nicht. Wenn Sie das Blatt zeichnen, dann ist Ihr Platz hier in der Redaktion. Dann arbeiten Sie hier, so gut Sie können, mit, und alles, was ins Blatt kommt, wird vorher Ihnen zu lesen gegeben. Scheint Ihnen etwas zu bedenklich, so dürfen Sie ungeheuer Einspruch erheben und Ihre Bedenken geltend machen, über die wir uns dann ernsthaft mit Ihnen verständigen werden. Sind Sie damit einverstanden?“

Manz (hocherhebt): „Sehr!“

Auer: „Schön. Kommen Sie also morgen in die Redaktion, und selbstverständlich beziehen Sie von da ab ein Redaktionsgehalt.“

Und so geschah es. Karl Manz trat in die Redaktion ein, arbeitete dort zunächst kleinere Notizen und zeichnete sich dabei, wie mit der damaligen journalistische Hauptredakteur der „Berliner Freien Presse“, Leopold Schapira, erzählte, durch einen so einfac-karen Stil aus, daß man ihm im Laufe der Zeit auch Sachen von Bedeutung übertragen hätte, wenn die von Herrn Tessendorf inspirierte Staatsanwaltschaft nicht gewesen wäre. Diese sehr unvorsichtigen Anklagen auf Anklagen gegen die „Berliner freie Presse“ einzuweisen, und als sie wieder eine gehörige Anzahl solcher Zusammenhänge, forderte sie die Berliner Polizei auf, im Hinblick auf sie den nunmehrigen verantwortlichen Redakteur Karl Manz in Untersuchungshaft zu nehmen, und die Polizei unterließ es auch nicht, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Die edle Absicht sollte indes nicht zur Ausführung kommen. In der Redaktion und den maßgebenden Kreisen der Berliner Partei war man einmütig der Ansicht, daß es unverzeihlich sein würde, den braven jungen Kerl, der sich in gefährlicher Situation der Partei so mutig zur Verfügung gestellt hatte, den Klauen der Reaktion auszuliefern. Es wurde bei der Polizei der Antrag gestellt, Manz gegen Kaution auf freiem Fuß zu lassen, und das konnte die nicht grundsätzlich ablehnen. Sie nannte nur eine stattdige Summe als notwendige Kaution, die aber wurde dank der großen Opferwilligkeit des in solchen Dingen nie verlagenden Paul Singer aufgebracht und hinterlegt, so daß Manz bis auf weiteres auf freiem Fuß blieb. Und als dann der Vorabend der Verkündung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie herangerückt war, ward auf Veranlassung eben desselben Paul Singer Manz erklärt, es würde ihm kein Mensch in der Partei übernehmen, wenn er, unbelästigt um die für ihn gestellte Kaution, ins Ausland gehe. Doch erst nachdem man Manz auf dessen Frage noch versichert hatte, sein Beggang würde der Partei keinerlei Geldverlust verursachen, entschloß er sich, dem Rat zu folgen. Er ging zunächst nach Budapest und dann nach Zürich, wo er Karl Kautsky und mir, die bald seine vortrefflichen Eigenschaften erkannten, ein lieber Freund wurde, später aber auch als unübertrifflicher zuverlässiger Vertrauensmann in wichtigen Angelegenheiten der Partei sich die Hochachtung und Freundschaft August Bebel's und Julius Rotteler's erwarb und, nachdem er dos schweizerische Bürgerrecht erworben hatte, bis zum Tode eine führende Stellung in den Kämpfen der schweizerischen Sozialdemokratie eingenommen hat.

So das Verhalten der von den Kommunisten mit Vorliebe als „Spießbürger“ verhöhnten Sozialdemokratie und seine Wirkung. Und nun vergleiche man damit, was der rebellisch gewordene Kommunist Vieje über die Behandlung erzählt, die ihm von der kommunistischen Zentrale Berlin zuteil wurde, nachdem er sich dazu hergegeben hatte, die „rote Fahne“ als Verantwortlicher zu zeichnen.

Das Wirtschaftsgeld des Dollar-millionärs. Nur selten erfährt der gewöhnliche Sterbliche, welche Summen ein amerikanischer Nobis für seine persönlichen Bedürfnisse auszugeben pflegt. Vor dem Gerichtshof von New Jersey flochten die Gattin und die vier Töchter des Millionärs Arthur Hoffheimer auf hundertfachen Unterhalt, und das Gericht ließ sich durch vereidigte Bücherrevisoren einen Auszug aus den Haushaltsbüchern des Mr. Hoffheimer onfertigen, um einen Anhaltspunkt dafür zu gewinnen, was bei

einem Millionär „standesgemäß“ sei. Insgesamt verbraucht Herr Hoffheimer für seinen Haushalt jährlich 210 000 M.; davon bezahlt er für seine Mietwohnung in der New Yorker Parkavenue, die im Volkstum schon lange als Millionärs-Avenue bekannt ist, die Kleinigkeit von 57 000 M. Jahresmiete. In dieser Wohnung pflegt sich Herr Hoffheimer aber nicht das ganze Jahr über aufzuhalten, da er außerdem einen großen Landsitz im Staate New Jersey besitzt. Auch ein Millionär kann nicht unbegrenzte Summen für Essen und Trinken verbrauchen, und so ist es zu verstehen, daß dieser reiche Mann für sein weltliches Wohl nicht ganz 55 000 M. im Jahr ausgibt. Ungefähr denselben Betrag zahlt er an sein Hauspersonal; doch in seinem Hause peinlichste Saubertät herrscht, dafür bürgt der Betrag von 6600 M., den er jährlich für Wäsche ausgibt. Erfahrend kein für einen so vornehmen Haushalt ist allerdings die Summe, die für Trinkgelder an das Hauspersonal ausgeworfen ist; Herr Hoffheimer beanagt sich damit, seinem Personal jährlich 260 M. Trinkgeld zu geben. Die älteste Tochter des Millionärs, die 19 Jahre alt ist, ist gegenwärtig als Buchhalterin mit einem Wochenlohn von 60 M. beschäftigt. Das Gericht sprach jeder der vier Töchter wöchentlich 1200 M. zu, bemittelt ihnen außerdem größere Summen für Autos, Pferde, Kunststudien, Weihnachts-geschenke, erlaubte der Mutter, jährlich 60 000 M. auszugeben und meinte, daß Mutter und Töchter zusammen Anspruch auf eine Jahresrente von 310 000 M. hätten.

Ein Spezialitäten-Gesetz. Das Reichsministerium des Innern hat vor einiger Zeit ein Rundschreiben betreffend Arzneien in Spezialitätenform erlassen, dessen Beantwortung durch die beteiligten Kreise die Grundlage für ein Spezialitäten-Gesetz schaffen soll. Besonders seit dem Kriege ist eine Fülle von angeblichen Heilmitteln in den Handel gebracht worden, die in der Regel trotz ihrer hoch klingenden Namen nichts anderes sind als ein altes Rezept unter neuer Flagge. Der Deutsche Apotheker-Verein und jetzt auch Dr. Hans Reiter in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ haben für ein solches Gesetz eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Die Hauptfische dabei ist die Deklarationspflicht, die Angabe der Zusammensetzung der Spezialität nach Art und Menge auf der Packung. Aber auch die Anpreisung der Spezialitäten müßte überwacht werden. Wie die Dinge jetzt liegen, gibt es eine Flut von Spezialitäten, wobei zahlreiche Existenzen aus der Krankheit ihrer Mitmenschen ein lohnendes Geschäft machen und wertvolle Mittel unter Umgehung des Arztes und der Apotheke verkaufen.

Wird Japan verschwinden? Ein trübes Schicksal prophezeit der englische Geologe Dr. L. F. Noble dem japanischen Inselreich, denn er vertritt die Anschauung, daß Japan spätestens in 100 000 Jahren in der Luscaroro-Tiefe versunken sein wird. Dieses Heruntergleiten der Insel in die Tiefe wird durch verschiedene Erdbeben hervorgerufen werden. Bei dem letzten Erdbeben sank der Boden der Sagami-Bai von Yokohama von 200 Fuß bis zu 1000 Fuß Tiefe, und noch eine solche Erschütterung würde ein völliges Versinken des Landes in eine solche Tiefe zur Folge haben, daß nur noch der Regal des Fuji-Yama über das Wasser herausragte.

Der Deutsche Gutenberg-Gesellschaft in Mainz wurde das alte Schrijperhaus „Zum Römischen Kaiser“ von der Stadt als Gutenberg-Museum und Erinnerungshätte zur Verfügung gestellt.

Die Kulturreaktion „siegt“.

Das „Jugendbeschützgesetz“ angenommen mit kleinen Änderungen.

Nach Annahme der Beg. Westarp beantragte gestern im Reichstag Abg. Müller-Franken (Soz.), nunmehr die Krisenfürsorge der Erwerbslosen zu beraten, da die zum Jugendbeschützgesetz von der Sozialdemokratie gestellten Anträge noch nicht im Druck vorliegen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Das Haus tritt in die dritte Lesung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Ausfahrten ein.

Abg. Seydewitz (Soz.)

Der Reichsminister des Innern hat bisher trotz mehrfacher Aufforderung nicht gesprochen, obwohl in dem Gesetz eine Reihe von Bestimmungen enthalten sind, die dringend einer Erklärung bedürfen. Was ist unter „nicht öffentlichen Veranstaltungen“ zu verstehen? Solange von der Regierung nichts dazu gesagt wird, müssen wir annehmen, daß auch Geburtstagsfeiern und ähnliche private Veranstaltungen einbezogen werden können. Auch die Stellung der Regierung zu der Umwandlung der „Kamm.“ in die „Zehntbestimmungen durch den Ausschuss im ersten Absatz des § 1 bedarf noch immer der Erläuterung. Die Regierungsparteien haben jetzt Anträge gestellt, bei denen wesentliche Teile unserer Anträge entnommen worden sind, trotzdem sie bei der zweiten Lesung niedergestimmt wurden. Für einige Anträge der Volkspartei kann auch die Sozialdemokratie stimmen. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die Regierungsparteien dem Drängen der Opposition auf

Schaffung einer Beschwerdestanz

nachgegeben haben. Wir beantragen nochmals, daß bei der Bestimmung über politische Veranstaltungen die Worte „als solche“ gestrichen werden. Für die Theaterzensur stellen wir einen Antrag, der die Forderungen des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände wirklich übernimmt. Nehmen Sie auch jetzt unsere Anträge ab, so zeigen Sie, daß Sie ein Gesetz gegen die Jugend schaffen wollen, das wir aufs schärfste bekämpfen werden.

Reichsinnenminister v. Reudell: Es handelt sich nur um eine Ergänzung des Jugendwohlfahrtsgesetzes durch strafrechtliche Begrenzung der polizeilichen Befugnisse, die bisher schon bestanden. Eine Beschwerdestelle beim Reichsinnenministerium, wie sie die Sozialdemokraten beantragen, ist technisch unmöglich. Wir müssen bis zur Einrichtung des Reichsverwaltungsgerichts warten. Ihre Bedenken gegen die Mitwirkung von Kindern bei Filmaufnahmen hat die Regierung fallen lassen.

Abg. Brodau (Dem.) ist der Auffassung, daß die Koalitionsparteien gestern die Anträge der Opposition mit Willigkeit abgelehnt hätten, denn heute lägen die Anträge bereits gedruckt als Anträge der Regierungsparteien vor. (Hört, hört! links.) Die Demokraten werden das Gesetz als Ganzes ablehnen.

Abg. Rosenbaum (Komm.) vermutet, daß inzwischen die Filmzensur der Deutschen Volkspartei auf den Leib gerückt seien, so daß jetzt die Beschäftigung Jugendlicher beim Film erlaubt sein soll.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung wird dem Antrag Dr. Runderl (D. Sp.) gemäß im § 1 Absatz 2 gestrichen, der die Lichtspielnahmen betrifft. Zum § 2 wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach von jeder Maßnahme auf Grund des Gesetzes dem zuständigen Jugendamt Kenntnis zu geben ist. Auf Antrag der Regierungsparteien wird ein neuer § 2a eingefügt: „Gegen eine auf Grund des § 1 ergangene Anordnung und gegen die einen Antrag des Jugendamtes ablehnende Verfügung ist die Beschwerde zulässig.“

Schließlich wird auf Antrag der Regierungsparteien ein neuer § 6a eingefügt: „Jede festgestellte Übertretung dieses Gesetzes ist dem Jugendamt zu melden.“

Durch die Annahme weiterer Anträge Dr. Runderl (D. Sp.) wird das Lichtspielwesen vollständig aus dem Gesetz herausgenommen.

Alle übrigen Änderungsanträge der Linken werden abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Linken und einer Minderheit der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Es folgt die Beratung der zur Krisenfürsorge für Erwerbslose eingebrachten sozialdemokratischen Interpellation sowie zweier von den Kommunisten vorgelegten Anträge, die von dem Abg. Räder (Komm.) begründet werden. Er weist darauf, daß noch immer eine Million Arbeitslose in Deutschland vorhanden sind und kritisiert die vom Reichsarbeitsministerium geplante Verordnung über den Abbau der Krisenfürsorge.

Die von den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten eingebrachten Anträge auf Erhöhung der Beamtenbezahlung in den Gruppen I bis VII werden dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Um 16½ Uhr verläßt das Haus auf Mittwoch 15 Uhr: Bericht des Reichsausschusses, Kredite für den Kleinwohnungsbau, Jüdenholzgesetz. Ein Antrag, die geplante Portenerhöhung auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu legen, wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Gelder der „Roten Hilfe“.

Dörr wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht Bedding verurteilte gestern den Landtagsabgeordneten Dörr wegen Untreue und Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung bezeichnete das Gericht Dörrs Erklärungen als „leeres Gerede“ und schloß sich der Auffassung des Staatsanwalts an, Dörr habe das Geld für sich verwenden wollen.

Im Laufe der Beweisaufnahme hatte der frühere Sekretär der „Roten Hilfe“, Benzlow, ausgesagt, Dörr habe beim Ueberbringen der 2000 M. erklärt, daß die Stadtkasse gewöhnlich nur die Hälfte der genehmigten Summe, nämlich für das erste Halbjahr, auszahle, der Rest würde erst im Laufe des zweiten Halbjahres erhoben werden können. Als dann die Zeit herangerückt war und von Dörr die Abhebung der Restsumme verlangt wurde, habe er die Widerspruchsvollsten Ausflüchte gemacht. Schließlich begab sich Dörr drei Genossen zur Stadtkasse, wo ihnen die Summe für die erhobenen 3000 M. vorgelegt wurde. Die 1000 M. habe Dörr erst in der dritten Sitzung des Schöffengerichts hergegeben. Stadtrat Hesse befandete, daß Dörr, als man ihm auf den Leib rückte, erklärt habe, daß die Restsumme über das Bezirksamt Bedding gegangen sei. Die Nachforschungen ergaben jedoch die Unwahrscheinlichkeit seiner Behauptungen. Dann hieß es wieder, der Bürgermeister Rieß sei auf Urlaub. Der Generalsekretär der „Roten Hilfe“, Schlor, bestritt mit aller Entschiedenheit die Auffassung, daß bei einer Spaltung der RPD, auch eine Spaltung der „Roten Hilfe“ hätte eintreten müssen. Diese Sache nach der Reorganisation im Oktober 1924 in keinem organisatorischen Zusammenhang mit der RPD. Der Zeuge muß jedoch auf Fragen des Verteidigers Dr. Oskar Lohm zugeben, daß mit Ausnahme eines Vorstandsmitgliedes, der ein früherer Kommunist sei, alle anderen Vorstandsmitglieder Kommunisten sind, desgleichen auch die befohlenen Funktionäre.

Der verurteilte Landtagsabgeordnete und unbefohlene Stadtrat Dörr hat an den Bezirksbürgermeister Reid ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, ihn bis auf weiteres von seinen Obliegenheiten als unbefohlener Stadtrat zu entbinden. Auf Grund des in erster Instanz gegen ihn ergangenen Urteils hätte er sein Aus-

Zuspitzung in Polnisch-Oberschlesien.

Vor einem Schritt der Reichsregierung.

In letzter Zeit haben sich die Verhältnisse in Ostoberschlesien bedenklich zuspitzt. Diese Verschlimmerung macht sich seit den Gemeindevahlen im vergangenen Herbst bemerkbar, die für die Deutschen überraschend günstige Ergebnisse gehabt haben. Seitdem macht sich bei allen Nachwahlen ein hemmungsloser Terror bemerkbar, der von den polnischen Behörden zumindest stillschweigend geduldet, wenn nicht sogar begünstigt wird und der am vorigen Sonntag anlässlich der neuen Gemeindevahlen in Rybnik zu blutigen Exzessen gegen Deutsche geführt hat.

Theoretisch ist der Schutzkonflikt durch die Entscheidung des Völkerbundes im März zwar beigelegt worden, aber in der Praxis liegen auf diesem Gebiete die Dinge für die deutschen Minderheitsschulen ebenso schlimm wie zuvor, indem die polnische Verwaltung noch keinen Schritt getan hat, um die Genfer Entscheidung durchzuführen. Es liegen zurzeit nicht weniger als 40 000 Anmeldekarten von Schültern zu den deutschen Minderheitsschulen vor, die unerledigt geblieben sind. Dafür sind neuerdings zahlreiche Entlassungen deutscher Lehrkräfte verfügt worden.

In letzter Zeit kommt noch die rücksichtslose Behandlung von Arbeitern hinzu, die wegen der Wirtschaftskrise mit der Entlassung bedroht werden, wenn sie die Anmeldung ihrer Kinder zur deutschen Minderheitsschule nicht zurückziehen oder aus ihrer deutschen Gewerkschaft nicht austreten wollen. Uebrigens haben trotz dieses Druckes die deutschen Gewerkschaften bei den jüngsten Betriebsratswahlen sehr gut abgeschnitten.

Verantwortlich für diese Unterdrückungspolitik der deutschen Minderheit, die im schroffen Widerspruch steht nicht nur zum Geiste, sondern auch zum Wortlaut des Genfer Oberschlesienabkommens, ist in erster Linie der Boiwode Gragnycki, der ein Vertrauensmann der sogenannten „Auffständigen“-Gruppe ist und über dessen Maßnahmen sogar ein Teil des polnischen Ministeriums oft entsetzt ist. Aber das Kabinett in Warschau hat einfach nicht den Mut, diesen Schädling abzusetzen, dessen Tätigkeit geeignet ist, die Spannung zwischen Deutschland und Polen zu verschlimmern.

Wir haben kürzlich gegen die tölpelhafte Rede des Vizelandesherz in Beuthen einschiedene Stellung genommen, die Deutschland eine so überflüssige Demütigung eingebracht hat. Diese Stellungnahme ändert aber selbstverständlich nicht das Geringste an unserer Beurteilung der geradezu wahnwichtigen Politik, die unter Führung des Boiwoden Gragnycki gegen die zahlenmäßig starke und kulturell hochstehende deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien getrieben wird. Die Zustände, die sich in letzter Zeit dort entwickelt haben, sind unhaltbar. Das deutsche Auswärtige

scheiden aus dem Bezirksamt als endgültig beantragt, wenn ihm sein Rechtsbestand nicht davon abgeraten hätte, bis der nach seiner Ansicht ein Fehlurteil darstellende Spruch in zweiter Instanz verhandelt sei.

Zeile für Zeile wird gekämpft.

Die Unterhausfraktion der Labour Party gegen das Antigerichtsgesetz.

London, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion der Arbeiterpartei, die am Montag als Zeichen des Protestes gegen das parlamentarische Vorgehen der Regierung den Sitzungssaal des Unterhauses verlassen hatte, beschloß in ihrer Fraktionsführung am Dienstag einstimmig, den Kampf gegen das Gesetz Zeile für Zeile wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem sich die Vertreter der Fraktionen mit dem Generalsekretär der Gewerkschaften über die weitere einzuschlagende Taktik beraten hatten.

In der am Dienstag wieder aufgenommenen Beratung des Gesetzes im Unterhaus war der Redner der Regierung, Sir Douglas Hogg, einem neuen Kreuzfeuer von Fragen durch die Arbeiterpartei ausgesetzt, die sich auf das geplante Verbot von Sympathiestreiks bezogen. Die Antwort des Redners der Regierung kam praktisch auf eine Bestätigung der Feststellungen der Redner der Arbeiterpartei hinaus, wenn auch Sir Douglas Hogg darauf bestand, daß trotz der Bestimmungen des Regierungsentwurfs gewisse Sympathiestreiks gesetzlich erlaubt sein sollen.

Macdonald wieder unterwegs nach Europa.

London, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ramsay MacDonald hat am Dienstag mit einer Verzögerung von drei Wochen die Heimreise aus Amerika angetreten. Wenn auch wieder soweit hergestellt, um die Rückfahrt unternehmen zu können, so ist doch nach Meldungen aus New York sein Gesundheitszustand noch weit davon entfernt, als befriedigend gelten zu können.

Zollkampfniederlage Poincarés.

Erfolgreicher sozialistischer Vorstoß.

Paris, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der von dem sozialistischen Abgeordneten Cayrol am Freitag mit dem Antrag auf Rückverweisung des Zolltarifs an die Kommission begonnene Vorstoß gegen den von der Regierung eingenommenen übertriebenen Protektionismus hat am Dienstag zu einem raschen

Sieg über die Regierung

auf der ganzen Linie geführt. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol hatte die Absicht, am Dienstag den Antrag Cayrol wiederaufzunehmen, der am Freitag mit der knappen Mehrheit von nur 18 Stimmen von der Kammer abgelehnt worden war. Die Debatte drohte am Dienstag für die Regierung gefährlich zu werden und in den Wandelgängen der Kammer witterte man Krisenluft. Der Kabinettsrat beschloß sich deshalb am Dienstag mit der Lage und beschloß, sich nicht weiter auf die hartnäckige Ablehnung jeder Änderung des Zolltarifs in seiner gegenwärtigen Form zu verweisen. So bestieg der Handelsminister Bokanowski sofort nach Eröffnung der Kammer Sitzung die Tribüne und erklärte, die Regierung habe nichts gegen eine Vertagung der Diskussion des Zolltarifs bis zum 1. Juni einzuwenden.

Die ganze Linie nahm diesen Rückzug der Regierung mit losendem Beifall auf. Bokanowski erklärte außerdem, die Regierung sei bereit, der Kammer die von den sozialistischen Rednern verlangten vergleichenden Tabellen zwischen den früheren Zollhöhen und den im neuen Tarif beabsichtigten zu liefern. Sie sei weiterhin bereit, eine Herabsetzung der Tarife für gewisse Länder, mit denen Frankreich gegenwärtig verhandelt und die diese Interessieren, ins Auge zu fassen, aber nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit. Nach diesen Erklärungen des Handelsministers zog Genosse Vincent Auriol seinen Antrag zurück.

Ami tut recht daran, wenn es, wie wir hören, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf diese Entwicklung lenkt, die geeignet ist, die notwendige Behebung der deutsch-polnischen Spannung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu erschweren. Sollte der beabsichtigte Schritt der deutschen Regierung nicht sehr bald konkrete Wirkungen auslösen, dann wird es notwendig sein, diese Dinge vor das Forum des Völkerbundes zu bringen, wozu sich im Laufe des Juni Gelegenheit bieten wird.

Unser Kattowitzer Parteiorgan wieder beschlagnahmt!

Kattowitz, 17. Mai. (WIB.) Das Zentralorgan der deutschen sozialistischen Partei, der „Volkswille“, ist auf Anordnung der Polizeidirektion Kattowitz wegen eines Artikels „Im Kampf ums Recht“ beschlagnahmt worden.

In Rybnik wurden heute wegen Veröffentlichung eines Artikels, in dem gegen die Terrorakte in Rybnik Stellung genommen wird, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sämtliche Exemplare der betreffenden Ausgabe der „Kattowitzer Zeitung“ beschlagnahmt.

Neue Hausdurchsuchungen bei Deutschen.

Kattowitz, 17. Mai. (WIB.) Die polnische Polizei veranstaltete im Laufe des gestrigen Montags bei einer Reihe von Deutschen in Antonienhütte Hausdurchsuchungen. Die Gründe hierfür sind unbekannt. Besonders eingehend gestaltete sich die Durchsuchung bei dem Bureauinspektor Gemo, bei Frau Baumeister Grünig, bei dem Bureauassistenten Grabowski. Während man bei dem ersten nichts Wesentliches fand, beschlagnahmte die Polizei bei Frau Grünig Aufnahmescheine von Deutschen Frauenbund und einen größeren Betrag Mitgliederbeiträge dieser Organisation. Die Nachforschungen bei Grabowski nahmen über vier Stunden in Anspruch. Hier wurde Material betreffend die deutsche Minderheitsschule beschlagnahmt.

Weitere Herausforderungen.

Opole, 17. Mai. (WIB.) In der gestrigen Gemeindevorversammlung von Lipine stellten die polnischen Parteien kurz nach Eintritt in die Beratung den Dringlichkeitsantrag, daß in Zukunft die deutschen Gemeindevorversammlungen sich der polnischen Sprache zu bedienen hätten, da die deutsche Sprache die polnischen Gefühle verletze. Die deutschen Vertreter verließen zum Protest hierauf den Saal, und die Sitzung mußte abgebrochen werden. Der Vorsitzende der Gemeindevorversammlung wies diesen ungehörigen Antrag nicht zurück, obwohl nach der Genfer Konvention die deutsche Sprache in den Kommunalvertretungen zulässig ist.

Für fortschreitenden Zollabbau.

Empfehlung der Genfer Konferenz.

Genf, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend trat der Unterausschuss für die Zollfragen der Handelskommission der Wirtschaftskonferenz zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Es wurden hier nicht weniger als sechs zum Teil sehr lange Entschließungsentwürfe vorgelegt über die Höhe der Zolltarife, die Handelsverträge, die Ausfuhrzölle, die Einfuhrgebühren, über die Vereinheitlichung der Zollstatistik, über die Anwendung der Zollverträge.

Der Entwurf dieser Entschließungen stellt ein umfangreiches Schriftstück dar, in dem über die gegenwärtige Lage der Zollpolitik sowie über ihre Ursachen ausführlich berichtet wird. Dann folgt ein freilich Kapitel über die gegenwärtige Handelspolitik und den Schluß bildet eine Reihe von Empfehlungen, in welchen den Staaten u. a. erklärt wird, es sei nunmehr der Augenblick gekommen,

mit der Erhöhung der Zölle ein Ende zu machen und mit ihrer Herabsetzung zu beginnen.

Dem Völkerbundsrat wird anempfohlen, den Wirtschaftsausschuss zu beauftragen, durch Zuzug von Vertretern aus Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie der Konsumenten und der Arbeiterschaft nach weiteren Mitteln zu suchen, wie ein fortschreitender Zollabbau ermöglicht werden kann. Für die Handelsverträge wird vor allem eine genaue Festlegung der Meistbegünstigungsklausel und deren einseitige Anwendung ohne Ausnahmen gefordert. Für Rohstoffe sollen keine Ausfuhrzölle mehr gefordert werden oder, wenn sie aus fiskalischen Gründen nötig sind, in möglichst niedrigen Sätzen. Auf alle Fälle sollen keine Ausfuhrzölle erhoben werden dürfen, um die Industrien anderer Länder aus Konkurrenzgründen zu belasten. Schließlich wird noch die Befolgung der gleichen Grundzüge für die Verbrauchsartikel anempfohlen.

Die Industriekommission hat den ganzen Nachmittag weiter über die Entschließungsentwürfe zur Rationalisierung und zum Abbau bzw. einer Vereinheitlichung der Industriestatistik debattiert. Beide Vorlagen wurden mit ganz geringen Veränderungen angenommen. Wie am Vormittag, so zeigten sich auch am Nachmittag die industriellen Vertreter der nordischen Länder am wenigsten geneigt, die Bestimmungen zugunsten der Arbeiterschaft anzunehmen. Es bedurfte des energischen Eingreifens verschiedener Arbeitervertreter, um die Vorlage durchzubringen.

Darf man fragen . . . ?

Eine kleine Interpellation an den „Stahlhelm“.

Nach der mißlungenen „Eroberung Berlins“ schweigt der „Stahlhelm“, die Bundeszeitung, in den höchsten Tönen der Verdringung. „Wir marschieren . . . So meinen und so wollen wir es. Front Heil!“ heißt es in einem der Aushangartikel, unterzeichnet von Br.

Hauptkrisenleiter des „Stahlhelm“ ist ein gewisser Dr. jur. Heinz Brauweiler, dem das „Front Heil!“ so außerordentlich zu Gesicht steht. Wir richten an die Stahlhelm-Führung diese öffentliche Anfrage:

Ist der Hauptkrisenleiter der Bundeszeitung der Frontsoldaten, Dr. Heinz Brauweiler, derselbe Brauweiler, der zu Beginn des Weltkrieges im blühenden Alter von etwa 30 Jahren kriegsunfähig als Redakteur eines Zentrumsblattes in Düsseldorf tätig war und dort bis zum letzten Tage des großen „Frontlebens“ als unabhämlich reklamiert blieb?

Darf man fragen, ob das Ausharren in der Schützengrube berechtigt, Vorführer der „Frontsoldaten“ zu sein? Darf man fragen . . . ?

Mahatma Gandhi, der indische Freiheitskämpfer, hat einen schlagartigen Anfall erlitten, der ihn 24 Stunden lang lähmte. Dann erholte er sich wieder, bedarf aber der größten Schonung.

Dem Nordwollkonzern gehts immer besser!

Nur Tarifverträge kann er nicht vertragen.

Durch den W.T.B.-Handelsdienst läßt der tüchtige Nordwollkonzern, der mit „einstweiligen Verfügungen“ jedem Streik in seinen Betrieben zu Leibe geht, von seinen Kriegsschauplätzen u. a. folgendes verlaufbar:

Delmenhorst, 17. Mai. In der Kammgarnspinnerei Bernshausen, in der am ersten Tage des Streiks 70 Proz. der Belegschaft fehlten, streikten am 12. Mai nur noch 5 Proz.; am 16. Mai konnte der Streik als zusammengebrochen gelten. In der Kammgarnspinnerei Rühshausen fehlen von einer Belegschaft von 1150 rund 70 Leute. In Glücksbrunn ist die Arbeit wieder voll aufgenommen worden. In den übrigen Thüringer Werken, in denen die Leistungsentlohnung eingeführt ist, melden sich täglich Spinner und Andrer, die die Arbeit wieder aufnehmen wollen. In Langensalza und Eisenach streiken nur noch (!) je 40 Proz.

In der Hamburger Konzerngesellschaft Bischoff u. Roda arbeiten 48 Proz. der Belegschaft. Auch in Delmenhorst haben sich täglich Leute zur Einstellung gemeldet. Bei der Sternwollspinnerei Bahrenfeld und der Hamburger Wollkammerei, Wilhelmshagen, ist die Lage unverändert, ebenso bei der Firma Tittel und Krüger in Leipzig. Diese Konzerngesellschaft hat ungefähr 700 Arbeitern ihren tariflichen Urlaub erteilt, weil für diese Leute keine produktive Beschäftigung mehr da war. Noch nie vor arbeiten zirka 1000 Leute dort. Auf den übrigen Werken des Konzerns wird voll gearbeitet.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß von den Gesamteigenschaften des Nordwollkonzerns sich an dem Kampfnur noch 25 Proz. beteiligen.

Der Bericht weist dann darauf hin, daß die größte Konzerngesellschaft, die tschechoslowakische Konzerngesellschaft in Reuded, einen Tarifvertrag über Leistungsentlohnung mit einer sozialistischen Gewerkschaft abgeschlossen hat. Er wendet sich gegen das Reichsarbeitsministerium und lehnt eine Teilnahme an Schlichtungsverhandlungen ab, da der Konzern als Einkaufs- und Finanzgesellschaft gar nicht in der Lage sei, für seine Konzerngesellschaften Tarifverträge abzuschließen. Außerdem könnten die einzelnen Konzernwerke auch nicht veranlaßt werden, über die bezirklischen Arbeitgeberverbände hinaus einen selbständigen Tarif abzuschließen, da § 159 der Reichsverfassung jedermann Vereinigungsfreiheit zur Bohrung und Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gewährt.

Dieser Bericht des für die „Reinigungsfreiheit“ der Unorganisierten und der Streikbrecher schwärmenden Nordwollkonzerns spricht für sich selbst. Er jagt den Textilarbeitern und -arbeiterinnen mit aller Deutlichkeit, daß sie nichts von ihm zu hoffen haben, sondern sich ihrer Haut wehren müssen, aus der der Konzern keine Riemen schneidet. Mit anderen Worten, daß sie sich noch besser organisieren müssen.

Ein Schiedsspruch.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streikbewegung im Norddeutschen Wollkonzern haben zu einem Schiedsspruch geführt, der dahin geht, daß für die Betriebe Delmenhorst und die thüringischen Betriebe am nächsten Montag ein Schiedsspruch zur Regelung der Löhne gefällt werden wird. Für die übrigen Betriebe soll es bei den bisherigen Löhnen, die für die in Frage kommenden Bezirke abgeschlossen sind, verbleiben.

Der Streik geht zunächst noch weiter.

Glänzender Erfolg des Einheitsverbandes.

Bei den Betriebsrätewahlen zur Reichseisenbahn.

Am 12. und 13. Mai fanden die Betriebsrätewahlen bei der Reichseisenbahn statt. Wahlberechtigt waren im Bezirk Berlin 28 502, davon für Berlin 16 950. Abgegeben wurden 24 193 Stimmen, wovon für Berlin 14 304 Stimmen. Davon erhielten der Einheitsverband 17 355 Stimmen, wovon 10 393 in Berlin; der Allgemeine Eisenbahnerverband 4209 Stimmen (2274), die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (christliche Richtung) 907 Stimmen (583), der Industrieverband 1275 bzw. 763, die „Nationalen“ Eisenbahner 171 in Berlin. Ungültig waren 447 (142) Stimmen.

In diesem Ergebnis kommt zum Ausdruck, daß der Einheitsverband nicht nur seine Stimmenzahl gehalten, sondern sie gegen das Vorjahr wesentlich überschritten hat. In Berlin sind 1000 Stimmen für den Einheitsverband mehr gewonnen worden. Ein deutlicher Beweis dafür, daß der Einheitsverband in einer fortschreitenden Aufwärtsentwicklung begriffen ist und das Vertrauen des überwiegenden Teiles der Eisenbahner besitzt.

Au den Betriebsratswahlen der Eisenbahndirektion Mannheim beteiligten sich 95,21 Prozent. Auf die freigeberische Liste entfielen 2421 Stimmen, denen die christliche Organisation nur noch 744 entgegenstellen konnte.

Ludwigshafen, 17. Mai. (Mitb.) Bei den Wahlen für die Betriebsvertretung der Reichsbahn am 12. und 13. Mai wurden im Bezirk der Reichsbahndirektion Ludwigshafen von insgesamt 6271 Stimmberechtigten 5667 gültige Stimmen abgegeben. Bisher entfielen 4302 Stimmen auf die Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und 1365 Stimmen auf die Liste des Bayerischen Eisenbahnerverbandes. Der neugewählte Betriebsrat, der acht Sitze enthält, setzt sich somit aus sechs Mitgliedern der Liste des Einheitsverbandes und aus zwei Mitgliedern der Liste des Bayerischen Eisenbahnerverbandes zusammen.

Streik im Fuhrgeschäft Kauf.

Die Schwerefuhrwerkskutscher der Firma Kauf, Müllerstraße 128, haben gestern morgen die Arbeit eingestellt, weil die Firma Ueberarbeit ohne Bezahlung verlangte. Der Tarifvertrag für das Schwerefuhrwerksgewerbe, dem die Firma unterliegt, regelt die Arbeitszeit und sieht vor, daß Ueberarbeit mit einem Aufschlag zu bezahlen ist. Der Inspektor der Firma, Hiltmann, erklärte den Kutschern am Montag, daß die Firma beim Ausschachtfahren keine Ueberstunden bezahlt, verlangte aber gleichzeitig die Leistung der Ueberarbeit. Weil sechs Kutscher dieses Unsinns ablehnten und nachdem ihre Arbeitszeit beendet war, mit ihren Gepanzen den Betriebshof aufsuchten, wurden sie fristlos entlassen. Die übrigen Arbeitnehmer erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und haben deshalb Dienstag früh die Arbeit eingestellt.

Verhandlungen zwischen der Organisation und der Firma scheiterten, weil die Firma es ablehnt, noch jemand von den in Streik getretenen Kutschern weiter zu beschäftigen.

Der Inhaber der Firma, Herr Hamerschmidt, erklärte dem Organisationsvertreter, daß er mit organisierten Arbeitern nichts mehr zu tun haben will und versuchen wird, unorganisierte Arbeiter in seinen Betrieb hineinzubekommen. Da dieser Herrenstandpunkt nicht dazu angetan ist, den Frieden im Betriebe herbeizuführen, gilt der Betrieb für die Arbeiterschaft als gesperrt.

Schwerefuhrwerkskutscher, übt Solidarität mit den Streikenden und nehmt keine Arbeit in diesem Betriebe an.

Arbeitszeitverhandlungen bei der Reichsbahn.

Am kommenden Dienstag finden bei der Reichsbahnhauptverwaltung Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit in der Schichtzeit, vor allem für die Arbeiter der Güterhöfen und der Werkstätten der Bahnbetriebswerke statt. Diese Verhandlungen zur Regelung der Dienstvorschriften sind seinerzeit bei den Tarifverhandlungen von der Reichsbahn zugezogen worden.

Erfolg der sächsischen Gemeindegewerkschafter.

Dresden, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Schiedsspruch des Zentralausschusses, der in dem Lohnstreik der sächsischen Gemeindegewerkschafter gefaßt wurde, ist in der Urabstimmung der Gemeindegewerkschafter abgelehnt worden. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden hatte nichts eiligeres zu tun, als sofort beim Landesgeschäft die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Bevor jedoch der Schlichter eingreifen konnte, wurde nochmals zwischen dem Gemeindegewerkschafterverband und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden verhandelt, mit dem Ergebnis, daß ab 1. Mai alle männlichen Arbeiter anstatt 4 Pfennige 5 Pfennige erhalten. Dagegen war es leider nicht möglich, die Zulage von 3 Pfennige für die Arbeiterinnen zu erhöhen. Ab 1. Oktober erhalten alle Arbeitergruppen in allen Altersklassen ohne Ausnahme eine weitere Erhöhung von 2 Pfennigen für die Stunde, während der Schiedsspruch nur einen Pfennig bot. Da die Abstimmung unter den Gemeindegewerkschaftern keine Mehrheit für einen Streik ergeben hatte, gelten die hier erzielten Zugeständnisse der Arbeitgeber als angenommen.

Aufgehobene Sperren über Gastwirtschaftsbetriebe. Durch Uebertritt zum Arbeitgeberverband im Gastwirtschaftsgewerbe Berlin bzw. durch Anerkennung des Tarifvertrages werden hierdurch die vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten verhängten Sperren über folgende Betriebe aufgehoben: Restaurant „Teufelssee“, Krampennühle, Bad Bellevue, Friedrichshagen, Spree-Restaurant Sadowa, Restaurant Rüggeklamm, Restaurant Richtigshorn, Neue Mühle, Königsmusterhausen, Weißes Schloß, Köpenick, Schmettersingshorn und Restaurant Riviera, Zur Linde, Schmiedewitz (Inh. Stibbehoff), Hankels Ablage, Wendenschloß, Wald-Abn., Schmiedewitz.

Jugendgruppe des JdV. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Kaulfuss: Jugendheim Kaulfuss. 8. „Vom Werden des Lebens“ (Höring). — Wehling-Gelundebrennen: Jugendheim Schöneberg, 1 (Rebigenheim 5 Tr.). — Der Kampf um das Wochenende“ (Dr. Marx). — Oßen: Jugendheim der Schule Sauer Str. 18. — Bürche und Mabel in der Jugendbewegung“ (Weigelt). — Charlottenburg: Jugendheim Kollnsee. 4. Einführungabend: „Die Aufgaben des JdV.“ (Waller Eshbach).

Freie Gemeindegewerkschafter. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Kaulfuss 1: Gruppenheim Jugendheim Kaulfuss. 2. Pol. Breitplatzabend. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Deutsches Studentenhaus, Berlin Str. 137. Vortrag: „Das Schmutz- und Schmutzgefäß.“ — Kaulfuss: Gruppenheim Kaulfuss, 18. Vortrag: „Was geht in China vor?“ — Kaulfuss: Gruppenheim Kaulfuss, 18. Vortrag: „Was geht in China vor?“ — Kaulfuss: Gruppenheim Kaulfuss, 16. Ueberabend. — Wehling-Gelundebrennen: Vortrag: „Die Rämpfe der deutschen Gemeindegewerkschafter.“ — Zentrum: Jugendheim Schöneberg Str. 24/25. Hofmann besetzt uns mit seiner Lauter. — Kaulfuss: Kaulfuss und Sandberger Platz. Spiesabend auf dem Spielplatz Kaulfuss. Vortrag: „Einmal nur mit Gelbesammler.“ — Kaulfuss: Jugendheim Kaulfuss, Berliner Straße. Zusammenkunft. — Wehling: 1. Wie springen und spielen im Schwimmbad. — Kulturabteilung (7 Uhr): 1. Beethoven. 2. Entfesselte Gewalten. 3. Brownie im Annapark.

Zimmerer! Heute, Mittwoch, 7 Uhr, 18 im Gemeindegewerkschafterhaus, Saal 1, unsere Jubiläumssammlung. Alle gewählten Delegierten haben die Pflicht, unbedingt zu erscheinen. Zentralverband der Zimmerer, Kaulfuss Berlin.

Verantwortlich für Politik: Victor Schill; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gemeindegewerkschafter: Friedr. Kaulfuss; Kaulfuss: R. S. Fischer; Soziales und Sonstiges: Fritz Kaulfuss; Kaulfuss: Th. Glaser; Kaulfuss in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Kaulfuss-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Besonders billige Angebote



Damenmantel
imprägn. Gabardine
verschied. Ausführ.
Größe 42-48 **26 M**

Damenkleid
aus Waschkunstseide, Blumen- u.
andere Muster, Größe 42 bis 46 **8 50**

Sonnenschirme
bunt gemusterte Stoffe **5 90 7 40**

Damenstrümpfe
Kunstseide, Fuß
ohne Naht, farbig **95 Pf.**

Damenstrümpfe
prima Seidenfior, in
groß. Farbauswahl **1 70**

Damenstrümpfe
„Bemberg“, künstl.
Waschseide, farbig **2 80**

Herrensocken
Flor mit Kunstseide,
viele moderne Farben **1 25**

Pelz-Konservierung
Besondere Abteilung für
Jahresgebühr von 75 Pf. an. Freie Abholung in Groß-Berlin.

Jugendl. Kleid
bunt bedruckter
Sommerstoff
Größe 42 bis 46 **3 90**

Kretonnekleid
indantiren, schöne
Blumenmuster
Größe 42 bis 48 **5 40**

Jumper
weiß Vollvolle, mit
imit Filletspliz. garn. **5 90**

Jumper
Vollvolle, mit Hand-
stickerei und feiner
Säumenarbeit .. **12 M**

Voile-Kragen
mit Valenciennes-
Spitzen .. **25 Pf.**

**Crêpe de Chine-
Kragen**
weiß und farbig **40 Pf.**

Bindekragen
doppelt Voile
mit Spitzen **65 Pf.**

Damenhut
a. schott. Phantasie-
borte, Bandgarnitur **3 50**

Trotteur
aus Phantasieborte,
Einfass u. Bandgarn. **6 25**

Damenhut
kunst. Marocain u.
Phantasieborte mit
4stiel. Stangenreiter **9 75**

Kappenform
a. buntfarbig. Borte,
mit kunstseidenem
Taffet kombiniert **4 90**

Damenhuiform
fesch, Floriornborte
m. kunst. Marocain
belle Farben **6 50**

Voile-West
extra lang
mit Fältchen **1 45**

Krawattentuch
Crêpe de Chine
neue Schallform **3 90**

**Crêpe de Chine-
Schal** farbig
ca. 32 cm breit **3 90**

**Rips-
Mantel**
hell- u. dunkelfarbig
m. Filasec-Garnitur
verschied. Formen
32 50

Ueberflüssige Kohlenpreiserhöhung.

Von Steiger Halbfell.

Der „Vorwärts“ hat gestern (vgl. auch Nr. 228 „Vor einer neuen Teuerungswelle?“) die Forderungen und Gründe, die die deutsche Kohlenindustrie zur Erhöhung der Kohlenpreise angeführt hat, unter politischem und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten untersucht. Obwohl vom wirtschaftspolitischen Standpunkt eine Kohlenpreiserhöhung überhaupt nicht diskutabel ist, soll vom privatwirtschaftlichen Standpunkt auch die Ueberflüssigkeit der Preiserhöhung dargetan werden. Daß es im übrigen unverständlich ist, in Zeiten des Absatzmangels Preiserhöhungen vorzunehmen, sagt selbst die „Bergwerkszeitung“, die in ihrer Begründung der Kohlenpreiserhöhungen bei näherem Zusehen für das Ruhrkohlenprodukt die Unzulänglichkeit zumindest der Höhe der Preisforderungen selbst nachweist.

Eine falsche Behauptung. — Die Konkurrenzlage ist günstig.

In der folgenden Untersuchung sollen das Sächsisch- und das Niedersächsisch-Syndikat, das nur für die Werke in Ibbenbüren und Barsinghausen Preiserhöhungen verlangt, vernachlässigt werden, weil sie einmal von geringerer Bedeutung sind und zum anderen bei ihnen die Verhältnisse mit anderen Zahlen in der Tendenz gerade so liegen wie im Ruhrkohlenprodukt. Die Frage gliedert sich in zwei Teile, in eine nach dem Erlös und in eine nach den Selbstkosten. Zur ersten Frage ist zu sagen, daß die Auffassung der Sächsischen, daß bei dem beginnenden Absatzmangel Preiserhöhungen sich nicht in höhere Erlöse umsetzen würden, falsch ist. Man muß daneben nur fragen, ob es bei erhöhten Preisen günstig, den Absatz mengenmäßig zu halten. Nimmt man Mengenverluste in Kauf, so kann man sehr wohl die Preiserhöhung vornehmen, wobei allerdings ein Abbau von Arbeitern unvermeidlich ist. Man kann auch im unbestrittenen Gebiet die erhöhten Preise nehmen und mit den Mehrerlösen im bestrittenen Gebiet verschärfte Konkurrenz machen, was nach den Erfahrungen mit Subventionen, und um solche würde es sich, genau genommen, ja handeln, nicht gerade wünschenswert wäre. Im unbestrittenen Gebiet erhält nämlich der Bergbau seine amtlichen Preise, denn die Konkurrenz an deutscher Kohle in diesen Gebieten soll ja entweder gleichzeitig eine Preiserhöhung erhalten oder sie wird schließlich in kurzer Zeit mit gleichen Preiserhöhungsanträgen hervortreten. Im bestrittenen Gebiet aber, in dem in erster Linie die englische Kohle als Konkurrent zu betrachten ist, ist die Lage derart, daß zwar die Menge der austretenden englischen Kohle unangenehm ist, ohne daß aber die Verkaufserlöse englischer Kohle mit den Preisen nicht nennenswert herunter kommen.

In England hat sich nach Abschluß des Streits nämlich die Lage nicht so entwickelt, wie die englischen Unternehmer es hofften. Die erwartete und auch von den deutschen Unternehmern prophezeigte Erhöhung des Schichtförderanteils ist nicht eingetreten, wie wir es ja auch behauptet haben. Die Folge hiervon ist, daß die Lohnkosten je Tonne heute fast dieselben sind wie vor dem Streit. Für die Frage der Konkurrenzfähigkeit der englischen Kohle auf dem Weltmarkt jedoch ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß heute den Engländern die Subventionen fehlen (über 3 M. je Tonne absehbarer Kohle), und daß daneben eine starke Zinsbelastung, die infolge der Verschuldung der Werke während des Streits eingetreten ist, diese erheblich in ihrer Konkurrenzfähigkeit behindert. Weiter haben die Unterbietungen durch Frankreich, Belgien und das Saargebiet auf dem Kohlenmarkt, die infolge der Inflation möglich waren, aufgehört, so daß im ganzen betrachtet trotz der beginnenden Absatzeile die Lage am Kohlenmarkt, vor allen Dingen preislich, heute wesentlich günstiger liegt als vor einem Jahre.

Außerst günstige Entwicklung der Selbstkosten.

Die Selbstkosten des Ruhrbergbaues haben sich infolge der Steigerung des Förderanteils (von 1025 Kilogramm im Januar 1926 auf 1147 Kilogramm im Februar 1927), der Auswirkungen der Mechanisierung, der Konzentration, der Umstellung der ausgeblähten Verwaltungsapparate, Abbau von Steuern usw. außerst günstig entwickelt, was ja auch in allen bekanntgewordenen Geschäftsberichten von den Interessenten ausdrücklich betont wurde. Die Lohnkosten je Tonne konnten, wie der Bericht des Sächsischen Verbandes ausdrücklich betont, im vergangenen Jahre trotz der Lohnerhöhungen vermindert werden. Weiter vertin-gerten sich, auf die Tonne Förderung bezogen, die Kosten für Gehälter, Soziallasten, Steuern, Selbstverbrauch, Generalkosten, Zinsen und einige beachtliche Materialkosten, wie z. B. Maschinendi, das um 14 Proz. und Grubenholz, das um 5 Proz. billiger wurde. Die Syndikatsumsätze, die zeitweilig eine große Rolle spielten, konnten seit Monaten auf 15 Pf. je Tonne für das unbestrittene und auf 40 Pf. für das bestrittene Gebiet gehalten werden, worin sich ja zum Teil auch die guten Erlöse des bestrittenen Gebietes widerspiegeln.

Das Argument der Lohnerhöhungen.

Die Begründung der Erhöhungsanträge des Reichskohlen-syndikats bezieht sich nach der „Bergwerkszeitung“ auf eine spro-

gentige Steigerung der Lohnkosten je Tonne, die durch die eingetretenen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitveränderungen verursacht sein soll. Da man nur die Preise für Kohlen erhöhen will, so kommt man zu einer Preissteigerung von 7 1/2 Proz. Die Lohnerhöhung macht im Durchschnitt keine 40 Pf. je Tonne aus, auch wenn die Lohnerhöhung und Arbeitszeitveränderung sich voll ausgewirkt haben. Zunächst ist die Wirkung noch wesentlich geringer, da die Lohnerhöhung für die Gedingearbeiter erst langsam voll wirksam wird. Die Preiserhöhung kommt praktisch nur für das unbestrittene Gebiet (fast ganz Deutschland) in Frage, denn die Erlöse im bestrittenen Gebiet richten sich ja nur zum kleinen Teil und auch da nur in der oberen Grenze nach den amtlichen Preisen. Die hier abgeführten Mengen mögen 20 Proz. des Gesamtabzuges betragen, so daß sich die Preiserhöhung unter Beachtung des Zehenselbstverbrauchs auf etwa 7 1/2 Proz. des Gesamtabzuges praktisch auswirken kann. Selbst bei Annahme der Zahlen der „Bergwerkszeitung“ beträgt die Belastung je Tonne, für die eine Preiserhöhung vorgesehen ist, nur etwas über 50 Pf. Der Durchschnittserlös für diese Kohlenmengen jedoch dürfte, unter Zugrundelegung der amtlichen Preise, 16,50 M. betragen, so daß eine Preiserhöhung von 7 1/2 Proz. den Erlös um etwa 1,20 M. steigern würde. Daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden, hat dabei nichts zu sagen, denn die Kohleerzeuger kommen nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz, hinter dem sich die Unternehmer in dieser Frage so oft verstecken, nicht in Frage, und wenn sie in Frage kämen, so dürfte man nicht nur den Kofs, sondern man müßte auch die Nebenprodukte in die Betrachtung einbeziehen. Würde man das aber tun, so würden selbst die Unternehmer nicht mehr zu behaupten wagen, daß sie die geringfügigen Belastungen nicht tragen könnten.

Zusammengefügt steht fest, daß der Ruhrbergbau die geringfügigen Neubelastungen gut tragen kann, was auch für den Sächsisch- und niedersächsischen Steinkohlenbergbau gilt.

Auch die Braunkohle hat zu Preiserhöhungen keinen Anlaß.

Am unangenehmsten aber berührt die gewünschte Preiserhöhung für Mitteldeutschland und Ostelbien. Auch sie können praktisch die Preise nur im unbestrittenen Gebiet ihrer Syndikate erhöhen, wenn nicht die anderen Syndikate, denen es teilweise schlechter geht, ebenfalls mit Preiserhöhungsanträgen kommen. Bei den enormen Förderanteilen je Mann und Schicht im Braunkohlentagebau spielen die Lohnkosten nur eine untergeordnete Rolle. In den Kernrevieren beträgt der durchschnittliche Förderanteil je Mann und Schicht im Tiefbau etwa 5 bis 6 Tonnen, so daß sich bei einem Durchschnittslohn von 6,20 M. Lohnkosten von 1 M. bis 1,20 M. ergeben. Selbst wenn die Lohnkosten infolge der Arbeitsveränderungen um 10 Proz. steigen würden, so wäre die Belastung der Werke eine so geringe, daß sie ohne weiteres getragen werden könnte. Tiefbaugruben sind aber in sehr geringer Anzahl in diesen Bezirken vertreten. Die Förderung wird zu mehr als 95 Proz. im Tagebau gewonnen, der Förderanteile aufweist, die oft ein Vielfaches der genannten betragen. Es wäre äußerst interessant zu wissen, wie die Syndikate ihre Preiserhöhungen begründen und ihre Notwendigkeit beweisen wollen, wobei wir uns nicht auf schöne Redensarten einlassen können. Es wäre für den Braunkohlenbergbau sicherlich eine dankbarere Aufgabe, wenn er sich darum bemühte, daß die Händler den Braunkohlenbergbau leben lassen, statt sich, wie das Gutachten der amtlichen Kommission zur Untersuchung der Arbeitszeitfrage im Braunkohlenbergbau sagt, mit ihren großen Gewinnen, die teilweise auf Kosten der Werke gemacht werden, abzufinden.

Genau betrachtet, handelt es sich bei den Versuchen, die Kohlenpreise zu erhöhen, einmal darum, in den bestrittenen Gebieten auf Kosten der übrigen Industrie und der Verbraucher schärfer kämpfen zu können, oder aber um eine sozialpolitische Demonstration gegen die geringen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitveränderungen, keinesfalls aber handelt es sich um Preiserhöhungen, die infolge der wirtschaftlichen Lage der Werke notwendig wären.

Gemeinden und Konsumvereine.

Die erfreuliche Tatsache, daß immer mehr Gemeinden Mitglieder von Konsumvereinen werden, um sich die von diesen gebotenen Vorteile zu sichern, hat schon lange lebhaften Anstoß bei der Händlerschaft erregt. Man sehe es lieber, daß die Gemeinden und Gemeindev Verbände auf den günstigen Warenbezug für ihre sozialen Anstalten verzichten, als daß sie die Vorteile der Bedarfsdeckung durch die Konsumvereine im Interesse aller Steuerzahler wahrnehmen. Jetzt haben sich die Mittelständler in Preußen zu einem gefestigten Vorstoß entschlossen. Die Händlergruppe der deutschen nationalen Fraktion des Preussischen Landtags hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Beschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden und Gemeindev Verbände eingereicht. In diesem Entwurf steht hinter manchem Beiwort der Kern mittelständlerischen Verlangens. Der lautet so:

„Eine Beteiligung von Gemeinden (Gemeindev Verbänden) an Genossenschaften und Erwerbung von genossenschaftlichen Geschäftsanteilen ist nicht zulässig.“

Gemeinden sind Verbraucher wie andere. Sie haben erst recht für billigen Einkauf in ihrem Bereich zu sorgen. Staatliches Eingreifen gegen die Gemeindegliederschaft in Konsumvereinen zu fordern ist kurzfristig und sinnlos. Ueber das Vorgehen von Gemeinden bestimmt die Gemeindevverwaltung selbst. An diese haben sich auch alle zu halten, denen die Mitgliedschaft von Gemeinden in Konsumvereinen nicht paßt. Nicht aber an den Staat.

Das Ergebnis der Börsenpanik. Die Deutsche Bank veröffentlicht in ihrem Raibericht einige Ziffern über die Entwicklung der Aktienkurse, die über die Folgen der Panik einen deutlichen Einblick gewähren. Danach ist in der Zeit vom 9. bis 14. Mai der Durchschnittskurs aller Aktien von 186,3 auf 166,1 Proz. gesunken. Es ergibt sich also, daß die Wirkung der Panik doch sehr stark überschätzt worden ist. Der Rückgang der Kurse während der sechs Tage betrug nur etwa ein Zehntel des am 9. Mai bestehenden Kursniveaus. In den Tagen vom 12. bis 14. Mai, den eigentlichen Paniktagen, erfolgte ein Rückgang von 174,4 auf 166,1 Proz. Das ist noch nicht ein Zwanzigstel des durchschnittlichen Kursniveaus. Die Deutsche Bank bemerkt dabei, daß nicht so sehr die Höhe der Kurse als der rein spekulative Charakter der Börsenbewegung das Ungefunde gewesen sei. Die fast ununterbrochene Aufwärtsbewegung der Kurse seit etwa anderthalb Jahren habe die Berufs- und Gelegenheitspekulanten verwegener gemacht. Aus einer anfänglich willkommener Aufbesserung des geschwächerten Einkommens sei das Börsenspiel allmählich zu einer Einkommensquelle geworden, die man für die Lebenshaltung als dauernd ansah. Auch die Deutsche Bank gibt die Versicherung, daß man bei der Einschränkung der Börsenkredite sich nicht übereilen werde. In der nächsten Zeit sei aber ein umfangreicher Besitzwechsel auf den Börsenmärkten unvermeidlich, damit die Effekten möglichst in feste Hand kommen. Dazu seien die günstigen Abschlüsse in der Industrie und die zu erwartenden guten Dividenden ein vielversprechendes Vorzeichen.

Die Hibernia verteilt Dividenden. Für die Beurteilung der Kohlenpreiserhöhung, über die in den nächsten Tagen entschieden werden soll, ist auch die Tatsache beachtlich, daß die Saatlische Hibernia-Jede in diesem Jahre zum ersten Male auf die Stammaktien 5 Proz. Dividenden verteilen wird. Außerdem werden aus dem Betriebsüberschuß von 8,28 Millionen gegen das Vorjahr von 4,94 auf 5,25 Millionen erhöhte Abschreibungen gemacht.

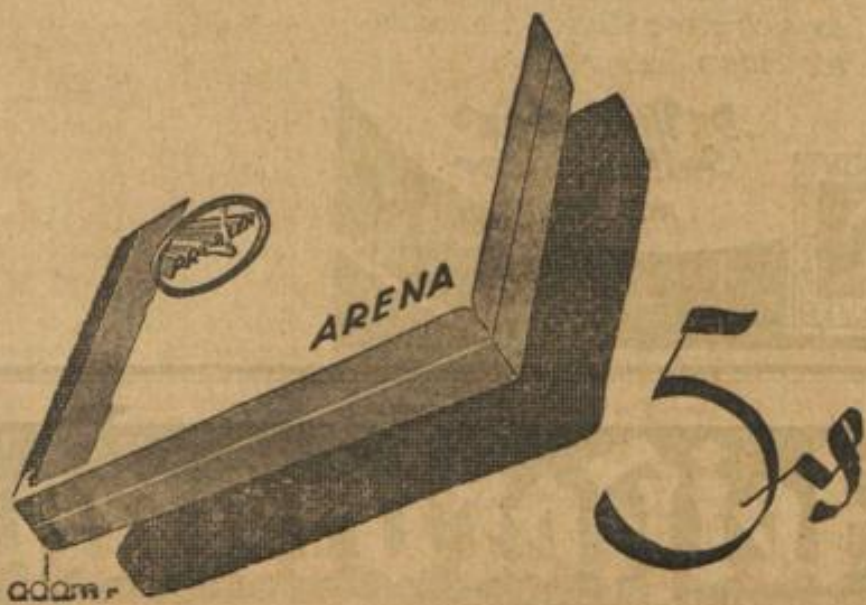
10 Prozent Dividende bei der Baufirma Wagh u. Freitag. Der Abschluß der Baufirma Wagh u. Freitag, Frankfurt am Main, zeigt wieder für die günstige Baukonjunktur. Das Unternehmen, das große Auslandsinteressen in Südamerika unterhält und unter anderem mit der Durchführung der Gesamtanlassation von Konstantinopel beauftragt ist, konnte im Berichtsjahr auch eine erhebliche Steigerung der inländischen Bauaufträge von privater und öffentlicher Seite erzielen, bei deren Durchführung die erhebliche Vertiefung der Baufristen durch Rationalisierung der Arbeitsweise und Modernisierung des Maschinenparks bemerkenswert ist. Nach der Bilanz zu urteilen ist an diesen Aufträgen auch sehr gut verdient worden. Der Rohgewinn stieg von 4,5 auf 4,7 Millionen Mark und als Reingewinn verbleibt trotz sehr hoher Abschreibungen von einer Million (14 Prozent auf die Anlagewerte) noch 1,02 Millionen, von denen eine Dividende von 10 Prozent gezahlt wird. Die Finanzlage ist sehr günstig. Den von 6,2 auf 4,3 gesunkenen Schulden stehen 5,1 Millionen Mark Guthaben und 1,33 Millionen Mark Vorräte gegenüber. Im neuen Geschäftsjahr ist das Kapital von 8 auf 12 Millionen erhöht worden und der dabei erzielte Kursgewinn von 0,75 Millionen Mark wird gleichfalls dem Reservefonds zuzuführen.

Verdoppelte Wertdividende. Der Bremer „Bulkan“, Schiffbau und Maschinenfabrik in Begeleit, hat im Jahre 1926 seinen Reingewinn von 0,62 auf 1,13 Millionen erhöht, also fast verdoppelt. Der Vortrag ist um 70 000 auf 218 000 M. gesteigert. Aus dem Reingewinn wird eine Dividende von 8 Proz. verteilt gegen 4 Proz. im Vorjahre. Auch die Dividende ist also verdoppelt. Dabei haben die Schulden trotz der sehr stark gestiegenen Beschäftigung von 7,52 auf 4,22 Millionen abgenommen. Forderungen und Bankguthaben sind gestiegen. Im neuen Geschäftsjahr ist die Wert für lange Zeit mit Aufträgen versehen. Das Beispiel dieser großen Werte ist wichtig. Es zeigt, daß die Wertindustrie alle Schwierigkeiten hinter sich hat, und zwar auch finanziell. Man wird deshalb die kommenden Jahresabschlüsse der Wertindustrie mit besonderer Aufmerksamkeit zu prüfen haben.

Sanierung des japanischen Stinnes-Konzerns. Die Suzuki-Gesellschaft auf Formosa, der mammothhaft aufgebaute Stinnes-Konzern von Japan, kam bekanntlich auf ganz ähnliche Weise in finanzielle Schwierigkeiten wie der deutsche Stinnes-Konzern und führte in gleicher Weise zu einer schmerzlichen Erschütterung des Kredit-systems im ganzen Lande. Jetzt wird der Suzuki-Konzern, genau wie es Stinnes geschah, dadurch gestützt, daß man ihn großenteils jerschlicht. Ähnlich wie seinerzeit die Berichte der deutschen Stinnes-Korporation lauteten, läßt der neue Gouverneur der Bank von Japan mitteilen, daß die Regulierung der Suzuki-Gesellschaft gute Fortschritte gemacht habe. Die angegliederten Konzerne, die keinen Gewinn abwerfen, sollen liquidiert und ihre Schulden abgeschrieben werden. Nach Durchführung dieser Maßnahmen wären die übrigbleibenden Institute, weiterzuarbeiten.

Es geht nicht an,

dass wir auf jede Reklame verzichten, wenn unsere Konkurrenz unentwegt die Werbetrömel rührt. Nicht auf Kosten des Rauchers wollen wir Propaganda treiben. Die Qualität bereits bekannter Marken soll für unsere Erzeugnisse sprechen. Versuchen Sie noch heute die **ARENA**. Sie werden sich selbst von der ausgezeichneten, nur orientalischen Mischung, die ein mildes angenehmes Aroma in sich birgt, überzeugen können!



Deutschnationaler Reinfall.

Heilmann fertigt die reaktionäre Demagogie ab. — Rechtsparteien an der Futtertrippe

In der gestrigen Sitzung des Landtags nahm in der weiteren Debatte das Wort: Abg. Bießer (D. Hannoveraner): Wenn wir auch grundsätzlich gegen das heutige Preußen und gegen den Unitarismus kämpfen, können wir doch praktisch ein Stück Weges mit den Parteien gehen, die für die Gerechtigkeit eintreten.

Abg. Schlange-Schönning (D. Sp.): Der Ministerpräsident hat in seiner heutigen Rede wiederum scharfe Kritik an verfassungsrechtlichen Bestimmungen geübt: er hat heute unseren angeblichen Mißbrauch mit Kleinen Anträgen angegriffen. Er hätte sich damit lieber an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wenden sollen, die es damit noch viel schlimmer treibt. (Zuruf links: Also Sie treiben es auch schon schlimm! Heiterkeit!) Wenn irgend ein Thema zur zweiten Lesung des Etats des Preussischen Staatsministeriums gehört, ist es der Fall Höring. Die Denkschrift des Reichsbanners verlangt, daß die Beamten nicht nach ihrer Befähigung, sondern nach ihrer Gesinnung angestellt werden. Sie beleidigt eine große Anzahl Staatsbeamter, indem sie ihren Verfassungseid in Zweifel zieht. Aber Herr Braun wagt nicht irgend etwas gegen den Vorsitzenden des Reichsbanners zu unternehmen, so selbstherrlich er sonst regiert. Dabei sollte er sich bewußt bleiben, daß jeder Staat auf die Dauer nur Leistungen erhalten, nicht Schußgesetze. (Schallendes Gelächter links!) Der Tag, an dem das Kabinett Braun stirbt, wird der Anfang der preussischen Auferstehung sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Wir sind Herrn Schlange-Schönning dankbar, daß er seine kostbare Zeit heute uns widmet, statt im Reichstag für die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes zu stimmen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Ministerpräsident hat nicht die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Kleinen Anträge kritisiert, sondern den Mißbrauch, den die Rechtsparteien damit treiben.

Aber es gibt wohl keine republikanische Freiheit, die nicht von den Feinden der Republik mißbraucht wird. (Sehr gut! links.)

Die Denkschrift des Reichsbanners kennt Herr Schlange-Schönning überhaupt nicht. Sie verlangt nicht mit einem Wort, daß die Stellen nach Parteizugehörigkeit und nicht nach Tüchtigkeit vergeben werden. Sie hebt im Gegenteil hervor, daß die Stellen noch nicht nach Tüchtigkeit vergeben werden, denn wenn unter ähnlichen Räten des preussischen Oberverwaltungsgerichtes nur drei Ueberzeugungrepublikaner sitzen, so kann eine solche Verteilung unmöglich auf der überwältigenden Mehrheitsfähigkeit der Rechten beruhen. (Sehr gut! links.) Die Denkschrift greift auch nicht mit einem Wort die Eidesstreue irgendwelcher Beamten an, und das hier uns in den Mund gelegte Wort von den juristischen Zwirnsfäden, über die wir nicht stolpern, ist zuerst vom Fürsten Bis marck gesprochen worden, als er das Privateigentum des früheren Königs von Hannover für Preußen einzog. (Sehr gut! links.) Aber Herr Schlange hat sich ja für seine heutige Rede einen großen Heiterkeitserfolg unbedingt durch die Bemerkung gesichert, ein Staat müsse sich durch Leistungen qualifizieren und nicht durch Republiksschutzgesetze. Das war doch recht unvorsichtig von dem Reichstagsabgeordneten Schlange-Schönning an dem Tage, an dem auf Antrag Graf Westarp und Fraktion des Republiksschutzgesetz um zwei Jahre verlängert wird. Wozu qualifiziert sich die Deutschnationalen Volkspartei durch die Leg Westarp? (Große Heiterkeit links!)

Die Rechtspartheier in Staatsstellungen.

Herr Dr. von Richter hat die Frage aufgeworfen, warum der preussische Staat den Vorsitzenden des Reichsbanners bezahlen müsse. Ich stelle fest: Mein Fraktionsfreund Höring war Oberpräsident, ehe er Vorsitzender des Reichsbanners wurde; er war Oberpräsident und Vorsitzender des Reichsbanners, als Herr Dr. von Richter preussischer Finanzminister war. (Sehr gut! links.) Aber der preussische Staat bezahlt ja von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Seuermann, Eichhoff, Dr. Reja, Dr. Schuster, Schwarzhaupt, Steffens, Stendel, Frau Thöne, Wische, Dr. von Campe, Dr. von Richter, von Tannern, Dr. Böllig und Dr. Kriege; von der Deutschnationalen Volkspartei die Abgeordneten Bachem, Deckerberg, Ebersbach, Fuhs-Breslau, Hafeloff, Hermann-Friederichs, Hoffmann-Münster, Dr. Köhler, Kitzhöfel, Koch-Berlin, Meyer-Mogdenburg, Koch-Dennhausen, Wurf, Deize, von Trestlow, von Gerodorf, Bock und Beijermel. (Hört, hört! links.) Warum also gerade dem Kollegen Höring sein Staatsgehalt vorwerfen? Herr Schlange hat gemeint, kein anderer Beamte dürfe sich sonderbar herausnehmen wie Herr Höring. Aber sind nicht auch die Herren Körner und Bieseler noch heute preussische Staatsbeamte? (Sehr gut! links.)

Deutschnationaler Grenzmarkendemagogie.

Der Herr Abgeordnete Steinhoff hat verlangt, die preussische Staatsregierung solle sich der besetzten Gebiete noch mehr annehmen. Er hat diese Forderung sicherlich nur im Interesse der preussischen Grenzprovinzen ohne alle eigennützige Parteilichkeit gestellt. Aber sein Fraktionskollege, der deutschnationaler Abgeordneter Regierungsrat Bachem hat unter dem 18. November 1928 an den Abg. Dr. von Drögander im Reichstag geschrieben, leider sei das Zentrum der Deutschnationalen mit einem Antrag zugunsten der besetzten Gebiete zu vorgekommen. „Deshalb erscheint es jetzt erwünscht, wenigstens durch Wenderung, Ergänzung und Vertiefung von Einzelheiten von unserer Seite entsprechendes zu tun. Für den Reichstag besteht zum Glück noch die Möglichkeit zu einem noch unmittelbaren Schritt als für uns im Landtag. Ich würde bitten, diese Möglichkeit umgehend auszunutzen zu wollen.“ (Große Heiterkeit bei den Soz. und im Zentrum. Zuruf rechts: Wie kommen Sie zu dem Brief? — Abg. Kuttner: Durch Herrn Knoll — Andauernde stürmische Heiterkeit!) Wenn Sie nicht wünschen, daß ich solche Briefe hier verlese, muß Herr von Drögander nicht so leichtfertig damit umgehen. Die Hauptsache ist doch aber, daß in diesem Briefe mit keinem Gedanken an das Wohlergehen der besetzten Gebiete gedacht wird, sondern ausschließlich daran, sich im Kampf mit dem Zentrum die parteipolitische Priorität zu sichern. Wenn dann die Herren hier aus der tiefsten Tiefe ihres patriotischen Empfindens für das besetzte Gebiet sprechen, so hören wir aus alledem nur das parteipolitische Mandat der Deutschnationalen heraus. (Sehr gut! links.)

Bei der zweiten Beratung des Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung hat Herr Dr. Leidig sich darüber beklagt, daß die Regierungsparteien nicht das Wort ergriffen; jetzt müsse doch Bilanz über die gesamte Regierungstätigkeit gezogen werden. In der Tat, wir brauchen nichts zu sagen, denn

das Wert der preussischen Regierung spricht für sich.

Das wir alle Kräfte vermeiden haben, daß selbst in den schwierigsten Tagen die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gestört worden ist, sind

doch Leistungen, die anzuerkennen eigentlich auch die Herren der Rechtsparteien objektiv genug sein müßten. Immerhin, sie sind in ihrem Ton viel vorzüglicher und zurückhaltender geworden. Ich begreife das vollkommen. Sie tragen schwer an der Bürde der Verantwortung im Reich, an Richtlinien und Republiksschutzgesetz. Und sie sehen, wie die Wahlen überall den Abstrom von den Rechtsparteien und den Zustrom zur Sozialdemokratie deutlich erkennen lassen. Der nächste preussische Landtag wird noch stärker republikanisch und sozialistisch sein und wird dazu beitragen, das Gefühl der Republik mit sozialem Inhalt zu füllen. Besonders schön sind am letzten Sonntag die Wahlen in Brandenburg a. d. H. ausgefallen, und so will ich im Hinblick auf die künftigen allgemeinen Wahlen den Herren von Rechts zum Schluß zurufen: Sie gut Brandenburg alle Wege! (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Abg. Labendorff (Sp.): Der Landtag müßte eigentlich viel Lustbarkeitssteuer zahlen. (Heiterkeit!) Aber der Mittelstand ist furchtbar steuerüberlastet, und ehe nicht der ganze kostspielige Verwaltungsapparat rücksichtslos eingeschränkt ist, können wir dem Etat nicht zustimmen.

Abg. Röttenbürger (Z.) verteidigt gegenüber dem Vorredner das Verhalten des Wohlfahrtsministers gegenüber dem amerikanischen Bauprojekt in Schöneberg.

Damit schließt die Generaldebatte. Persönlich erklärt Abg. Stendel (D. Sp.), daß dem Ministerialdirektor Brecht im Reich eine gleichwertige Stellung angeboten worden sei, was Ministerpräsident Braun erneut als un wahr bezeichnet. Brecht sei einfach gemahregelt worden.

Der Etat der Domänenverwaltung wird bewilligt. Beim Forstetat macht Abg. Jürgensen (Soz.) darauf aufmerksam, daß die Weihnachtsgratifikationen der Forstarbeiter endlich ausgesetzt werden müßten.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Gestütetat, nachdem Abg. Abg. Frau Wohlgemut (Soz.) auf die Notlage der Gestütmütter verwiesen hat.

Hierauf verliert sich das Haus auf Mittwoch, vormittag 11 Uhr: Fortsetzung der dritten Etatsberatung.

3. Verbandstag des ZDA.

(Schlußbericht.)

Köln, 17. Mai. (Eigener Trahtbericht.) Der Verbandstag bereitet dem scheidenden Vorstandsmittglied Giebel am Montagabend nach Abschluß der sachlichen Beratungen eine Ovation, in der die ganze Verehrung für diesen alten Gewerkschafter zum Ausdruck kam. Im Auftrag des Verbandstags überreichte der Vorstand seinem scheidenden Mitglied ein Angebinde, für das Giebel in sehr bewegten Worten dankte. Giebel wies darauf hin, daß ihm der Abschied aus einer Tätigkeit, die er nun 25 Jahre lang ausgeübt habe, sehr schwer falle. Es werde aber, so hoffe er, kein Abschied fürs Leben sein, sondern auch in Zukunft werde er immer treu zur Organisation stehen. Der Verbandstag nahm die Abschiedsworte mit stürmischem Beifall auf.

Am Dienstagvormittag traten die Delegierten in die Verhandlung über die geplante

Zentralisation der Organisation

ein. Die Meinung der Delegierten zu den Vorschlägen der Sachungs-kommission war nicht einheitlich. Von einzelnen Rednern wurde die Befürchtung laut, daß die Erweiterung der Rechtsbefugnisse des Vorstandes die demokratischen Rechte der Mitglieder zu stark beschränke. Gegen diese Auffassung wird von anderer Seite erklärt, daß die neue Zeit auch in der Gewerkschaftsbewegung neue Mittel verlangt. Die Vorschläge, die die Sachungskommission gemacht hat, bewegten sich durchaus in dieser Richtung. In der Abstimmung wird schließlich, nachdem der Vorstand nochmals durch Urban erklärt hat, daß er unbedingt die vorgeschlagenen Änderungen als im Interesse der Organisation für geboten erachte, gegen 20 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen den Vorschlägen der Sachungskommission zugestimmt.

In der Schlußsitzung am Dienstagnachmittag beschäftigte sich der Verbandstag in einer kurzen, aber sehr sachlichen Generaldebatte mit weiteren Statutenänderungsfragen und vor allem mit dem Ausbau des Unterstützungswezens des Verbandes. Hierzu lagen eine Reihe Anträge des Zentralvorstandes vor, die für die Mitglieder so weitgehende Unterstützungseinrichtungen schaffen wollen, daß damit der Verband muttergütig und vorbildlich für alle anderen Gewerkschaften Deutschlands wird. Es ist u. a. vorgesehen: eine Alterspension jedes 65jährigen ordentlichen Mitgliedes in gleicher Höhe, ohne Rücksicht auf die Beitragsklasse, beginnend mit 50 M. monatlich bei 25jähriger Mitgliedschaft, bis zum Höchstbetrage von 80 M. monatlich nach 45jähriger Mitgliedschaft. Außerdem schlägt der Vorstand

den Ausbau der Erwerbslosenunterstützung

bis zu einer Zahlungsdauer über ein Jahr lang, weiter ein Sterbegeld bis zum Höchstbetrage von 250 M. und eine Aussteuerbeihilfe für weibliche Mitglieder in Höhe von 50 M. bis 100 M. vor.

Sämtliche Anträge über das Unterstützungswezen werden nach kurzer Debatte vom Verbandstag mit großer Mehrheit angenommen. Ein organisatorisch wichtiger Antrag beschäftigt sich mit dem Beamtendelegationsrecht in der Organisation. Hierzu wird beschlossen, daß in Zukunft Verbandsbeamte nicht mehr zu Verbandstagen, zum Beirat und zu den Gauvorständen delegiert werden können. Auch der Verbandsvorstand unterstützt diesen Antrag, der in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen wird.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand bringen eine Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmittglieder, mit Ausnahme von Giebel, dessen Stellung nicht mehr besetzt wird. Der Vorstand des Verbandes besteht also in Zukunft aus: Urban, Bucher, Mann, Janner und den fünf (bisher 6) Sekretären Brenke, Hauffherr, Rogon, Schröder und Udo. Der Beirat wird nach den Vorschlägen der Sachungskommission nach kurzer Debatte gewählt.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstags erledigt. Mit einem kurzen Schlusswort, das in ein Hoch auf den Zentralverband der Angestellten ausmündet, schließt der Vorsitzende Urban die Tagung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Voranzeige!

Dienstag, den 31. Mai, abends 7½ Uhr, findet im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41, eine

wichtige Funktionärerversammlung

statt. Der italienische Genosse Modigliani wird über „Die sachliche Gefahr“ referieren. — Wir eruchen die Kreise und Abteilungen, diesen Tag freizuhalten, damit alle Funktionäre an dieser wichtigen Versammlung teilnehmen können. Der Bezirksvorstand.

1. Kreis Mitte, Abteilung Elternbeiräte! Sitzung am Donnerstag, 19. Mai, 7½ Uhr, bei Schilling, Köpenick, 1. Vortrag: „Die Früheltern.“ Referent: Genosse Lehrer Borch. Alle Elternbeiräte müssen erscheinen.
2. Kreis Wedding, Bildungsvereinskommission! Zu der heute, Mittwoch, stattfindenden Kreismitgliedsversammlung müssen sämtliche Bildungsvereinsmitglieder erscheinen, da wichtige Informationen entgegenzunehmen sind.
3. Kreis Kreuzberg, Abteilungsbeiräte der sozialdemokratischen Elternbeiräte und Vorstand der Freien Schulgemeinde Heute, Mittwoch, 18. Mai, 8 Uhr, Sitzung bei Krupp, Planufer 75/76, 6. Hof am Urban.
4. Kreis Wilmersdorf, Heute, Mittwoch, 18. Mai, 7 Uhr, Sitzung der Bezirksversammlung, Zufahrtstaxen für Parteigenossen im Stadthaus, Zimmer 220, ab 6 Uhr.
5. Kreis Reinickendorf, Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, 19. Mai, 7½ Uhr, wichtige Konferenz im Rathaus Berliner Straße, Zimmer 157, 1. Stock. Tagesordnung: „Offene und geschlossene Fürsorge.“ Referent: Stadtrat Karl Schneider. Sämtliche Genossinnen und Genossen der Wohlfahrts- und Jugendwohlfahrtskommissionen müssen bestimmt erscheinen.

Heute, Mittwoch, 18. Mai:

19. Abt. Schwerebeige, 7½ Uhr im Jugendheim Lindenstr. 2, Hof 3 Tr., Mitgliederversammlung. Vortrag: „Kampf im Klassenkampf.“ Referent: Hanns Kamm. Alle Mitglieder sowie „Kameradschafts“-Genossen und Sympathisierende werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
20. Abt. 8 Uhr im Eisenbahnhof, Kowames, Eisenbahnstr. 11, Mitglieder-versammlung.

Morgen, Donnerstag, 19. Mai:

16. Abt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich vormittags 10 Uhr zur Befähigung der Betriebsanfragen der Arbeitervereinsvereine in Lichtensberg, Ritterstraße, am Eingang.
17. Abt. 8 Uhr bei Kaufmann, Köpenick, 110, außerordentliche Funktionärerversammlung aller Funktionäre im Blick.
18. Abt. 7½ Uhr bei Weisser, Hausburgstr. 2, wichtige Funktionärerversammlung.
19. Abt. Charlottenburg, 8 Uhr bei Bohl, Erbstr. 76, wichtige Sitzung sämtlicher Bezirksführer. Es müssen unbedingt referieren. Bücher sind mitzubringen.
20. Abt. 8 Uhr, Bezirk 2a: 7½ Uhr bei Rechs, Berliner Straße 66a, Ringenpromenade, erweiterte Funktionärerversammlung. Die Funktionäre des Ringenbezirks sind hiermit eingeladen.

CDU-Fraktion der Berliner Reichstagsabgeordneten, Donnerstag, 19. Mai, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Lokal „Der Schütz“ (Inhaber: Wolfgang). Am Mühlentamm 3, Vortrag: „Nationalisierung und das Wirtschaftsprogramm der Partei.“ Referent: Dr. von Ungern-Sternberg. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen.

Frauenveranstaltungen:

21. Abt. Schöneberg, Heute, Mittwoch, 18. Mai, 7½ Uhr, im Lokal Mühlentamm 3 Frauenabend. Vortrag des Genossen Löwenthal. Gäste willkommen.
22. Abt. Kreuzberg, Donnerstag, 19. Mai, 8 Uhr, bei Eggbrecht, Köpenickstr. 1, Frauenabend. Vortrag: „Alt-Berliner Humor.“ Referent: Hanns Kamm. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

23. Kreis Charlottenburg, Alle Gruppenleiter müssen am Donnerstag, 21. Mai, pünktlich nachmittags 3 Uhr, auf dem Spielplatz sein. — auch wenn es regnet. Alle Helfer werden zu einer kurzen Besprechung heute, Mittwoch, 18. Mai, 7½ Uhr, im Lokal Mühlentamm 3 gebeten. Montag, 20. Mai, findet im Kranzengarten, Berliner Str. 137, 7½ Uhr ein Bildlernerortrag statt. Eltern und Parteigenossen sind herzlich willkommen. Unkostenbeitrag 30 Pf. Kinder sind nicht mitzubringen.
24. Kreis Kreuzberg, Gruppe Südwest: Heute, Mittwoch, 18. Mai, von 4½ bis 7 Uhr, im Jugendheim Vorstr. 11 Hauptprobe zu unserem Kalligraphisch-wichtigen Besprechung wegen unserer Pfingstfeier.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

25. Abt. Schöneberg, Unser Freund und Genosse Paul Duzan ist plötzlich im 40. Lebensjahre allzu früh verstorben. Erhe seinen Ansehen, Beerdigung am Donnerstag, 19. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof Wankow Hill. Um vollständige Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird ersucht.

Stundenlang

suchen Sie eine Kaufgelegenheit für gute und billige Wäschestücke. Jetzt gilt es, sich diese Qualität zu erhalten, indem Sie nur mit

Dr. Thompson's Seifenpulver waschen



Dr. THOMPSON'S SEIFENPULVER

Scharlachberg Heilferbrom

Boxmatsch.

Von Kiegej Tolstoj.

Ein riesiger Saal mit eisernen Traversen unter dem Pfand. Sportklub. Die Bogenlampen zischen. Amphitheaterartig ansteigende Tribünen. Viele Menschen — solide, glotterte Gentlemen in englischen Mänteln und steifen Hüten überwiegen. Sie rauchen die Klubzigarren. Die Kellner servieren Whisky.

In der Mitte des Amphitheaters, unten — das Gerüst für den Boxkampf. Dort springen zwei Leute herum, schlagen einander in die Fresse, aber man beachtet sie kaum. Heute treffen zwei Champions aufeinander — Harley und Gibb — um den Preis von 175 Pfunden.

Endlich treten sie an. Das Seil im Viereck leicht zur Seite ziehend, springt leichtfüßig ein gut gewachsener, schöner und schmächterer junger Mensch herein, wirft den Frottiertmantel von sich. Das ist Harley, der Liebling des Londoner Publikums. Sein Gegner Gibb, ein blonder Kerl mit breitem Mund, ziemlich unbekannt, kriecht plumpen Schrittes hinaus, blickt in die Menschenmenge, runzelt die Augenbrauen. Ellbogen und Knie sind die.

„Fünfzehn Pfund auf Harley!“ „Ich halte diese fünfzehn Pfund!“ „Fünfundzwanzig auf Harley!“ „Ich halte...“ so hört man durcheinander die Stimmen rufen. Man zog den Kämpfern die Handschuhe an. Ihre Freunde springen von den Plätzen auf und schmiegen sich an den Rand des Gerüsts. In Erwartung des Signals, stehen die Kämpfer in den Ecken des Kampfplatzes und halten sich an den Seilen fest. Die Menschenmenge wird lebendiger. Von allen Seiten erheben sich Hände mit gespreizten Fingern und zeigen die Pfunde auf. Ein paar Leute, die auf die Bänke gesprungen sind, schreien etwas den anderen zu, die unten stehen, über den ganzen Saal hinweg. Sie treiben die Preise in die Höhe.

Ein kurzer Pfiff ertönt. Die Kämpfer stoßen aufeinander, springen leicht wieder von einander los, umgehen einer den anderen, kreisen um einander mit tänzelnden Bewegungen. Der Saal wird still. Die Bogenlampen zischen.

Harley springt an, und seine unnatürlich große lederne Faust fährt Gibb ins Gesicht. Hier und dort schallert man beifriedigt auf den Bänken. In Umarmung klammern sich die Kämpfer aneinander und schlagen sich gegenseitig in die Hüften. Die erste Runde ist zu Ende. Die Trainer säckeln die Kämpfer mit Handtüchern. In den zerfetzten Mund Gibbs legt man Maun.

„Fünfzig Pfund auf Harley! Wer hält fünfzig Pfund auf Harley?“ Wieder emporgeschleuderte Arme, vom Schreien rote Gesichter. Die zweite, dritte und vierte Runde vergehen monoton. Gibb springt wie ein Teufel herum, mit den Fäusten drohend, Harley drischt ihm in die Augen, in Ohren und Mund, unter die Nase, recht grausam sein Kinn hervor, schraubt...

„So ist's recht, drauf, drisch auf ihn ein, drisch nur!“ hört man rufen. Wiederholt war Gibbs Gesicht ganz blutüberströmt. Blutig war auch seine weiße Sporthose. Ein Auge schwoh ihm an, das andere schloß sich. Sein Gesicht bekam nach und nach das Aussehen eines rohen Beefsteaks.

„Gut so, tapferer Junge, hau' mir weiter hin, Kleiner!“ Selbstverständlich mußte der Kampf mit einem „Knock-out“ enden, worauf der Gegner das Bewußtsein (minimier auch des Lebens) verlieren muß. Einer dieser Schläge ist gemessenermaßen doppelt: mit der linken Hand von unten ins Kinn, mit der rechten von der Seite her ins Gesicht. Dadurch entfiel eine Erschütterung des Kleinhirns, das Gehirn springt aus dem Gelent, die Zähne fliegen heraus, und die Glühdämpfer nehmen bei den Buchmachern ihr Geld in Empfang. Zu so einem Schlag bereitete sich auch Harley vor. Er arbeitete sicher, nüchtern, wie eine Maschine, war ganz trocken, nur auf seinem Rücken, auf den in steter Bewegung befindlichen Schulterblättern traten immer stärker und breiter rote Flecke hervor.

„Oh!“ begann man auf den Bänken zu rufen, „diese Flecke gefallen mir nicht. Die Hitze muß irgendwo aus dem Körper herauskönnen! Blut ist besser!“

Aber Gibb tat es nicht leid ums Blut. Er wollte mit den Fäusten fester ins Zeug gehen. Aber, wenn Harley auch nur versuchte, mit dem Doppelschlag auf ihn loszugehen flog Gibb topfüber hin, verging förmlich in Blut. (Statt des Gesichts hatte er bereits eine einzige, groß angeschwollene Kugel mit einem Loch.) Dann holte er mit der Faust aus, fiel wieder in die Knie — entging aber dem Knock-out. Am Ende der neunten Runde schleppte man ihn mühselig in seine Ecke, begoß ihn mit Maun und massierte an ihm herum.

Und im Saal stiegen die Pfunde, die Gesichter wurden immer roter, die Lampen überjagten sich mit dem dicken Rauch der Zigarren. Die ganze zehnte Runde bot Gibb nur seine Schulterblätter den Schlägen seines Gegners entgegen. Seine Frage über schloß er. „Ruh' sich aus, der Kerl.“ röhelte irgendeine Stimme unter den Zuschauern. Und die roten Flecke auf Harley's Rücken wurden immer stärker und breiter. „Harley, halte deine Nase hin! Blut, Blut, laß es heraus!“ — „Ruhe, stört sie nicht an der Arbeit!“ — „Hallo, siebzig Pfund auf Gibb!“ — Empört drehten sich viele Köpfe nach dem Rufer dieser Worte um.

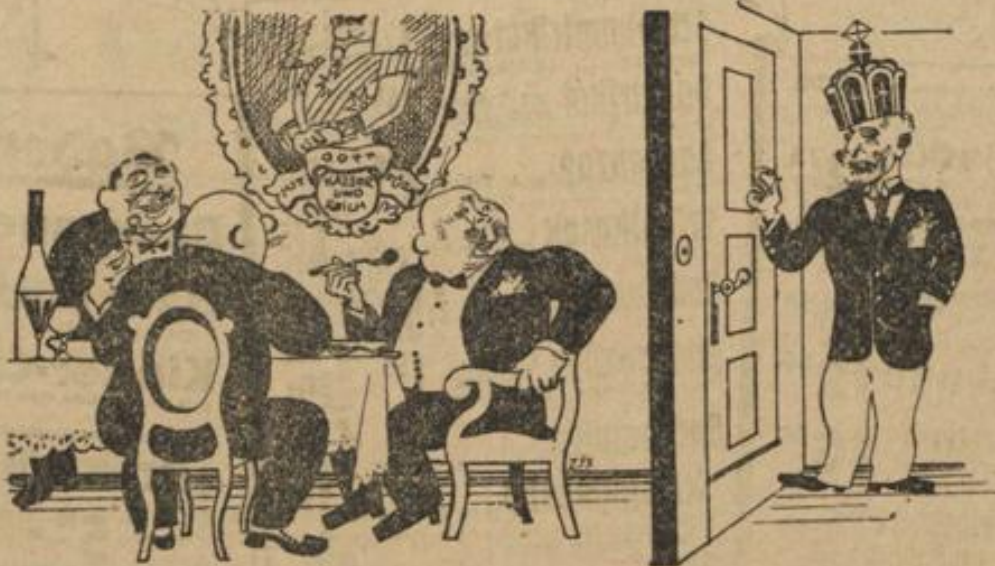
Und in der zwölften Runde begann Gibb wieder zu springen, als hätte er sich mit diesem Loch, das ihm an Stelle des Gesichts geblieben war, zurechtgefunden. Uppförmlich schlug er Harley derart in die Zähne, daß sein Gegner mit dem Kopf nur so wankte. „Oho, bravo Gibb!“

Mit fest zusammengepreßtem Mund, den Hals vorgezuckt, ging nun Harley um den Gegner herum, den Schlag überlegend, sprunghaft wie eine Kugel. Plötzlich, mit dem ganzen Körper nach vorn schneidend, schlug er blitzschnell seinen Doppelschlag. Und schlug — fehl. Der ganze Saal atmete dumpf.

Eine Stimme: „Welche Schande, Harley!“ Dann begann Harley schindbar ganz seine Selbstbeherrschung zu verlieren und droch blöndlings drauf los, wohin er eben traf. Gibb wich zurück, versuchte, den Schlägen auszuweichen. Bis zum Ende der Runde blieb nur mehr eine Sekunde, der Schiedsrichter mit der Peise im Mund erhob schon die Hand. Da drehte sich Gibb ganz unerwartet wie ein Kreisel auf einem Fuß herum, warf seinen Körper herum, so daß Arme und Kumpf in einer Linie waren und zwei kurze, dumpfe Schläge ertönten. Harley warf sich herum, holte mit den Armen aus, fiel auf den Rücken, hob ein Knie und erstarrte. Man begann zu zählen: „Eins, zwei, drei... zeh!“ Harley lag bewegungslos, ohne einen einzigen Blutstropfen im Gesicht... Eine Stimme: „Tot?“ Eine andere Stimme: „Sieht so aus...“

Man hob Harley auf, trug ihn fort. Hilflos hing sein Kopf herab. Und Gibb stand noch immer da, hielt sich am Seil der

Hie Futterkrippe — hie Mannestreu!



Der draußen: „Meine Herren, ein armer Verbannter...“

Die Deutschnationalen drinnen: „Stören Sie nicht. Wir sind beim Essen! Ihre wegen lassen wir's nicht kalt werden.“

Der draußen: „Einst nannte ich Sie die Herren, auf die ich mich verlassen kann.“

Die drinnen: „Nun ja, jetzt haben wir Sie auch verlassen!“

Barriere fest. Es schien, als hätte man ihn vergessen. Wie konnte es auch anders sein. Drei Viertel des Saales blieben die Genarrten. Jemand warf ihm den Frottiertmantel zu, und ungeschickt kroch er aus dem Ring.

„Und wer ist dieser Gibb? Man hat nie etwas von ihm gehört.“

„Jergendein Arbeiter aus der Vorstadt...“

(Berechtigter Uebersetzung von A. Wasserbauer.)

Ein neues Weltenschiff.

Von Billy Len.

Es gibt Tiere, Worte und Begriffe, die untereinander das Schicksal teilen, daß sie zwar noch vorhanden sind, aber doch auf dem Punkte stehen, rettungslos auszustehen. Was gestern ein Wunder war, ist heute keins mehr, morgen veraltet. Ein Flug nach Amerika, vor fünf Jahren unmöglich, heute getan, bald sogar vergessen. Eine künstliche Insel, vor zwei Jahren noch unmöglich, heute schon in allen illustrierten Zeitschriften besprochen. Ein Flug über die Erdatmosphäre hinaus galt vor wenigen Jahren noch als Utopie, verwendbar vielleicht für einen schlechten Roman, aber in der Praxis unmöglich. Heute weiß jeder um die Weltraumrakete und erinnert daran, daß ja schon Newton gesagt habe, eine Rakete könne sich im leeren Raum bewegen. Lächelt man den Mann noch fünf Minuten reden, so schimpft er, daß immer noch kein Raumschiff abgetrieben sei.

Es ist so ziemlich bekannt, um was es sich handelt. Das Fahrzeug soll nach Art einer Rakete betrieben werden. Zunächst wird man also die Raketen selbst erfordern und dann kleinere Raketen bauen, die der Reihe nach erst einmal einige tausend Kilometer hochsteigen, dann bis zum Mond fliegen, drittens um den Mond herumfliegen und wieder zur Erde herabfallen. Danach beginnen die Versuche in genau derselben Reihenfolge mit großen Raketenapparaten, die Insassen tragen.

Das ist technisch alles durchaus möglich und nur der hohen Kosten wegen noch nicht in Angriff genommen. Das ist hier die bedenklichste Ecke der ganzen Geschichte, der Kollisionspunkt. Erstens ist es wirklich kein „Wunder“, und dann weiß kein Mensch, wann und ob das Geld wieder einströmt.

Da ist denn ein Vorschlag des Münchener Forschers Max Valier äußerst beachtlich. Valier erstrebt nicht nur eine gewisse Befähigung der technischen Versuche, sondern gibt einen Plan, bei dem große wirtschaftliche Vorteile und wahrscheinlich noch eine ganze Reihe anderer technischer Erfindungen so ganz nebenbei abfallen.

Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger, als um die Entwicklung des Raumschiffes über das Flugzeug. Man denkt sich die Sache etwa folgendermaßen: Bei einem der großen dreimotorigen Verkehrsflugzeuge werden die beiden äußeren Motoren durch Raketenapparate ersetzt. Das gibt einen ganz erheblichen Geschwindigkeitszuwachs, weil die Raketen auch noch in Höhen arbeiten können, wo die Propeller nicht mehr genügend Widerstand finden und außerdem die Möglichkeit zum genaueren Studium der Raketenapparate. Das nächste ist ein Flugzeug, bei dem der Propeller nur noch Notbehelf ist; es folgt ein noch größerer Apparat für den Transozeanverkehr mit sechs oder acht Raketen ganz ohne Propeller und schließlich ein Raketenluftschiff sogar ohne Tragflächen. Der Start dieses Apparates müßte stell von einer besonderen Schanze aus erfolgen, die Landung (bzw. Wasserung) feuerrecht mit Raketengegengas zum Abbremsen. Diese Maschine würde die Strecke Berlin—Rom in vierzig Minuten, Berlin—New-York in drei Stunden zurücklegen und könnte sich auch beinahe tausend Kilometer von der Erde entfernen.

Es wäre der erste Vorstoß in den Weltraum. Hoffen wir, daß sich eine der großen Luftverkehrsgesellschaften für das Projekt interessiert.

Der „Heimkehrsin“ der Bienen.

Bienen, die zum Stock heimkehren, zeigen unter normalen Verhältnissen stets eine große Sicherheit im Auffinden des Flugloches. Wird der Stock jedoch verstellt, dann entsteht eine Verkehrsstörung, indem sich die Bienen an der Stelle stauen, wo der Stock gewöhnlich steht, und den verstellten Stock nur unter Schwierigkeiten finden. Schon seit längerer Zeit nahm man an, daß hierbei ein unbekannter Orientierungsfaktor eine Rolle spielen muß. Wie E. Wolf in der Zeitschrift „Forschungen und Fortschritte“ berichtet, hat man über dieses Heimkehrvermögen der Bienen jetzt genaue Versuche angestellt. Auch wenn der verstellte Stock reichlich mit sichtbaren Marken versehen war, zeigte sich die Störung. Jwar erleichterten am Stock angebrachte Farben und Düfte das Heimfinden, aber in keinem Fall war die Wirkung so groß, daß überhaupt keine Stauung des Verkehrs entstand. Wohl ergab sich, daß die Bienen Zeichen im Gelände und am Stock zu ihrer Orientierung benutzten, aber außerdem spielten noch andere Faktoren eine Rolle: nämlich die Kenntnis der Bienen von der Größe der Winkel und Drehungen, die sie während des Fluges beschreiben. In zwei Fällen, in denen die Flugbahn eines Bienenvolkes zum Ziel eines Treibhauses streng festgelegt war und die Bienen ihren Flug zum Flugloch nach der Dachkante des Stockes einstellten, gelang es, durch Vergrößerung der Abstände die Bienen an einen falschen Punkt zu leiten. Noch deutlicher zeigte sich dies Verhalten bei Versuchen, bei denen Bienen vom Stock auf ein ihnen unbekanntes Gelände in einer Schachtel gebracht wurden. Läßt man dann die Bienen frei, so beschreiben sie einige Orientierungsbogen und kehren nach kurzer Zeit an den Ausgangspunkt ihres Fluges zurück. Befindet sich dort die Schachtel, so gehen sie hinein; wird sie aber verstellt, so kehren sie an den Platz zurück, von dem sie aufgefliegen sind, ohne die Schachtel aufzusuchen. Liegt hier eine Registrierung der auf dem Fluge gemachten Drehungen vor, so kann diese nur durch besondere Organe geschehen, für die allein die Fühler in Betracht kommen. Bienen, deren Fühler entfernt sind, können an den Ausgangspunkt ihres Fluges nicht mehr zurückkehren, sondern finden verhältnismäßig rasch die verstellte Schachtel. Danach ergibt sich, daß ein großer Teil der Orientierung durch Augen und Geruch bewerkstelligt wird; aber es tritt noch ein weiterer „Heimkehrsin“ hinzu, durch den die Bienen die Größe der Winkel und Drehungen kennen, die von der Flugbahn eingeschlossen werden.

Ein Mantelfund aus der Bronzezeit. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß man in Schweden einen wollenen Mantel gefunden hat, der bis in eine Zeit zurückdatiert wird, als noch die ersten Pharaonen in Ägypten regierten. Die Feststellung des Alters dieses denkwürdigen Fundes ist auf eine eigenartige Weise gelungen, wie in der „Landsman“ mitgeteilt wird. Man fand den Mantel in einer Tiefe von etwa zwei Meter in einem Torflager der Gegend von Västergotland, wo er sorgfältig zusammengepackt und mit drei Steinen beschwert lag. Darüber war eine fünf Fuß hohe Schicht von Torf gewachsen. Durch das saure Wasser des Sumpfes war der Mantel durch die Jahraufende vor dem Verfall bewahrt worden. Die Bestimmung des Alters gelang durch die genaue Untersuchung des Blauensäures, der in großen Massen an ihm hing. Eine sorgfältige Auszählung erwies, daß mehr Blauensäure von Eichen, Linden und Ahorn in den Pollenkörnern enthalten war, als ein „Pollenregen“ eines heutigen schwedischen Frühlings mit sich führt. Zu der Zeit, in der der Mantel dort verborgen wurde, mußte demnach in diesem Teil Schwedens ein milderes Klima geherrscht haben als heute. Das kann aber nach den geologischen Anzeichen nur in der frühen Bronzezeit der Fall gewesen sein. Die Datierung war also durch eine Verbindung von botanischen und geologischen Erfahrungen geklärt. Der Mantel ähnelt in seinem Schnitt der Toga der alten Römer, wenn auch gewisse Unterschiede in der Größe und Art des Tragens vorhanden sind.

Wie groß ist eine Windhose? Während Windhosen in Amerika häufiger auftreten und in den gefährlichsten Tornados große Verwüstungen anrichten, sind sie bei uns eine sehr seltene Erscheinung, und da kaum je ein geübter Beobachter zugegen ist, bleibt man bei der Schätzung auf sehr schwankende Angaben angewiesen. Die genaue Messung einer Windhose ist daher von besonderem Wert; sie wurde, wie Prof. Kahner in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ mitteilt, von dem Aeronautischen Observatorium Lindenberg bei Peestow vorgenommen. Die Windhose, die mit einem Entfernungsmeßer genau vermessen wurde, befand sich in 2000 Meter Entfernung. Ihre Schlauchmitte war in 750 Meter Höhe 50 Meter dick. Der Schlauch war etwa 200 Meter lang, reichte also nicht bis zur Erde herab, wie das bei diesen Erscheinungen die Regel ist. Bisweilen kreischte tanz das untere Ende lebhaft auf und ab und wirbelt, wenn es dem Erdboden nahekommt, Sand, Blätter, Papier usw. rasch in die Höhe. Die Umdrehung betrug gegen Ende eine Viertelminute; nach einer Viertelstunde war die Windhose verschwunden.

Das Wurzelpilzproblem. Es ist schon seit längerer Zeit bekannt, daß die Wurzelspitzen der Waldbäume von einem Pilzmantel umgeben sind. Will man z. B. eine Kiefer ohne den sie umgebenden Erdballen verpflanzen, so kann sie nicht weiterwachsen, weil mit der Erde auch die Wurzelpilze abgerissen werden, wodurch auch die Nahrungsaufnahme beeinträchtigt wird. Das weist darauf hin, daß zwischen den Bäumen und den Wurzelspitzen eine Lebensgemeinschaft besteht, bei der beide Teile einen Vorteil haben. Worin dieser zu suchen ist, ist noch nicht eindeutig festgestellt worden, wenn man auch schon soviel sagen kann, daß die von den Wurzeln aufgenommene Nahrung erst die Pilzhülle durchdringen muß, und daß ohne diese keine Nahrungsaufnahme möglich ist. Neuere Forschungen haben jedoch ergeben, daß die Wurzelpilze keine besonderen neuen Pilzarten sind, sondern nur von den höheren Pilzen gebildet werden, und zwar kommen die einzelnen Pilzarten nur in Gemeinschaft mit bestimmten Bäumen vor, was ja jeder Pilzsammler beobachten kann. Die Fortwirtschaft wird durch diese Ergebnisse auf ganz neue Arbeitsgebiete hingewiesen, z. B. auf die Berücksichtigung der entsprechenden Pilzart bei Aufforstungen auf bisherigem Dedland.

